

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 M. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeitseite 40 Pf.

Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluss der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Beiträge, Abonnementsbestellungen usw. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Lebensmut

Das Leben ist dem Menschen nicht Genuß, sondern vor allem Aufgabe. Das herrliche Antlitz der Natur, die lachende Kinderwelt, die kleinen und großen Vergnügen in ihren mannigfältigen Formen, der innere Drang nach starker Lebensfreude möchte uns die Augen blenden für den Ernst des Lebens, für die harten Arbeitsbedingungen und Notwendigkeiten, für das Leid, das grausig ist an der Oberfläche und grausiger und bitterer, je mehr es sich verbirgt.

Wehe den Menschen, denen der Mut der Wahrheit fehlt, um die schöne Maske herunterzureißen vom lebenden Antlitz der Welt und des Lebens. Sie verfehlten die Lösung ihrer Lebensaufgabe. „Mensch heißt ein Kämpfer sein“, sagt Goethe, der Mensch und Leben kannte. Das Leben sprinzip des Kampfenden ist der Mut.

Mit Mut muß der Arbeiter die sich ihm zu innen und außen aufdringenden Feindmachten niederringen. Mit mutiger Stärke und aufrechtem Willen muß der Leidtragende dem Leide gegenüberstehen; jede Leidensstufe muß ihm eine Erosion zur Höhe werden. Mit dem Reste des Lebensmutes muß selbst der Schiffbrüchige, der im Strudel des Lebens Schaden litt an Leib und Seele, sich an eine rettende Blanke anklammern und trocknes Land gewinnen.

Lebensmut, der nicht verzagt und nicht verzweifelt, sondern kämpft und ringt und wirkt bis zum letzten Atemzuge, ist die Konsequenz aller, denen die Sterne leuchten zum lichten Bande des Jenseits.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Im „Centralblatt“ Nr. 13 wird der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1908 der Öffentlichkeit übergeben. Da es mit Rücksicht auf den Raum nicht möglich ist, den umfangreichen Bericht an dieser Stelle vollständig wiederzugeben, müssen wir uns mit einem Auszug begnügen und verweisen unsere Mitglieder zum Studium der Einzelheiten auf die betreffende Nummer des Centralblatts.

Der diesmaligen Jahresbilanz der christlichen Arbeiterorganisationen konnte man mit besonderer Spannung entgegen sehen. War doch das Krisenjahr 1908 für das Gros der christl. Gewerkschaften ein Jahr der Probe und der Prüfung. Bei der leichten Wirtschaftskrise waren die christlichen Organisationen erst im Anfangsstadium ihrer Entwicklung begriffen, sodass ein Rückblick auf ihre Widerstandsfähigkeit wirtschaftlichen Depressionen gegenüber noch unmöglich war. Im vergangenen Jahre mußte diese Probe bestanden werden und wie die Jahres-Bilanz zeigt, haben die christlichen Gewerkschaften diese Prüfung glatt überstanden. Auf dem Gebiete der grundsätzlichen Festigung, inneren Stärkung, und gewerkschaftlicher Erfolge sind sogar noch bedeutungsvolle Fortschritte erzielt worden.

Die vielen offenen und versteckten Wege haben allerdings kein Mittel unversucht gelassen, unsere Entwicklung zu hemmen. Früher wurden die christlichen Gewerkschaften — in der Regel wider besseres Wissen — als „Unternehmergründungen“, „Streitbrechervereine“ usw. verdächtigt. Nachdem dies heute von niemanden mehr ernst genommen wird, versucht man ihren unpolitischen Charakter in Abrede zu stellen und sie als „Zentrums-gewerkschaften“ hinzustellen, um sie damit zu höheren und ihres Einflusses zu beraubten. Aber auch dieses kampfhafte Bemühen wird vergeblich sein. Die christlichen Gewerkschaften wollen keine im Dienst einzelner Parteien stehenden Organisationen sein und sind es nicht. Ihre Hauptaufgaben liegen neben denen, der politischen Parteien, die sie lediglich möglichst alle im Sinne ihrer Bestrebungen zu beeinflussen suchen. Den Angehörigen anderer Parteien werden im christlichen Gewerkschaftslager die gleichen Rechte eingeräumt, aber eben-

so auch die gleichen Pflichten auferlegt, wie den sich zur Zentrums-partei bekannten Mitgliedern. Dabei sind die christlichen Gewerkschaften die einzige berufs-gewerkschaftliche Arbeiterorganisation Gruppe in Deutschland, bei der hinsichtlich der partizipativen Neutralität Worte und Wirklichkeit übereinstimmen. Während bei den sogenannten „seinen“ Gewerkschaften die circa 2000 Organisationsangestellte sich ausschließlich aus Sozialdemokraten rekrutieren und die etwa 130 Beamten der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften sich fast ebenso ausschließlich politisch im linksliberalen Sinne befinden, sind unter 250 Angestellten der christl. Gewerkschaften schon heute ca. 40, die sich politisch für christlich-sozialen, der national-liberalen und den freisinnigen Parteien bekennen. Unter den 20 dem Gesamtverband angeschlossenen Verbänden befinden sich 6, bei denen weder der Verbandsvorsitzende, noch der Redakteur Zentrumsanhänger sind. Im Ausschuß des Gesamtverbandes, der neben den Kongressen die höchste Instanz und Leitung der christlichen Gewerkschaften darstellt, arbeiten Angehörige der Zentrums-partei, der christlich-sozialen, national-liberalen und der freisinnigen Parteien gemeinschaftlich zusammen, ohne daß bei dem bald zehnjährigen Bestehen des Gesamtverbandes auch nur einmal Differenzen parteipolitischer Art sich herausgebildet hätten. Das ist die Sprache der Tatsachen, an der nicht gerüttelt werden kann.

Die Macht der Tatsachen entscheidet auch in dem bedauerlichen Streit zwischen den katholischen Fachabteilungen Berlin-Trierer Richtung und den christlichen Gewerkschaften zu Gunsten der letzteren, wie die Entwicklung heute schon offensichtlich erkennen läßt. Zum Dank dafür, daß die christlich gestützten Arbeiter zwischen sich und der sozialdemokratischen Bewegung eine reinliche Scheidung vorgenommen, und die Jahre des Christentums im wirtschaftlichen Kampfgetriebe ausplanzen, fiel man ihnen in den Rücken mit der Gründung von fast- und kraftlosen Fachabteilungen, denen die Elitegruppen der christlichen Arbeiterschaft niemals beitreten können.

Und was haben die Zersplitterer mit ihrem Vor gehen erreicht, worin bestehen ihre Erfolge? Lediglich darin, heißt es im Jahresbericht, daß sie die christlichen Gewerkschaften um mindestens 100 000 Mitglieder in ihrer zahlreichen Entwicklung geheimt haben. Das ohne Fachabteilungen in Deutschland auch nur 1000 Arbeiter weniger den katholischen Arbeitervereinen angehören würden, wird „Sitz Berlin“ selbst im Ernst nicht behaupten wollen.

So aber wurden tausende deutscher Arbeiter durch den erbitterten Kampf, den die sozialdemokratische Presse weißlich ausnutzte, von der christlichen Arbeiterbewegung ferngehalten. Der Kampf der katholischen Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften kann natürlich auch der Sache des Christentums nicht nützlich sein. Die Sineinzung der kirchlichen Autoritäten in die wirtschaftlichen Interessenlämpfe hat noch fletsch unheilvolle Folgen gehabt. Auch alle übrigen Interessengruppen lassen bei ihren Bestrebungen kirchliche Autoritäten aus dem Spiele. Mit ihren wirtschaftlichen und sonstigen Erfolgen aber können die katholischen Fachabteilungen die Konkurrenz gegenüber den christlichen Gewerkschaften nicht bestehen, so daß sie die religiöse Vertiefung der christlichen Gewerkschaften als essentiellen Bestandteil in ihrem Agitationsarsenal nicht entbehren können.

Diese Tatsache, wie die Bekundung überzeugender Fachabteilungsdirigenten bildeten auch die Verlassung zu der vielserörterten Aussprache auf der kirchlichen Konferenz und ihren Begleiterscheinungen.

Der aus diesem Anlaß erfolgte heftige Vorstoß der Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften ist jedoch wirkungslos verpufft. In Zürich wurde für die Arbeiter zur Verfolgung ihrer sozialwirtschaftlichen Bestrebungen, im Rahmen der Achtung vor der religiösen Überzeugung und vor der tatsächlichen Orientierung ihrer Mitglieder, keine andere vroumanto-

tische Selbständigkeit gefordert, als diejenige, die anderen Interessengruppen nie verwehrt wurde, und wogegen Einwände von kirchlicher Seite nie erhoben wurden. Die im Anschluß an „Zürich“ in Versammlungen und in der Presse geführten Diskussion hat, so weit Missverständnisse vorlagen, diese geklärt und im übrigen ein klareres Kampffeld für die christlichen Gewerkschaften offen gelegt. Heute wissen die christlichen Gewerkschaften Deutschlands wieder, wo sie außerhalb des Arbeiterlagers und auch in kirchlichen Kreisen ihre Freunde und Gegner zu suchen haben. Und das ist für unsere Bewegung ein unbestreitbarer Gewinn. — Ein weiterer prinzipiell wie agitatorisch wichtiger Erfolg der Zürcher Konferenz war der dort zustande gekommene internationale Zusammenschluß, der in dem in Köln errichteten internationalen Sekretariat eine praktisch arbeitende Spize gesunden hat.

Dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften haben sich im Berichtsjahr noch einige Organisationsgruppen angeschlossen. So eine Lokalorganisation der Steinarbeiter in Mainz und Anfang dieses Jahres der Reichsverband der Hirsch-Dunkerschen Lokalvereine. Letztere Organisation wird wohl hinsichtlich der Organisationsform in nächster Zeit noch einige Reformen durchzuführen haben, um sich dann als Sammelpunkt und wirksame Interessenvertretung weiterer Kreise von Gasthofangestellten zu betätigen. Der Verband ist noch außerordentlich ausbreitungsfähig. Neu gründete sich 1908 der Verband deutscher Eisenbahner und Arbeiter, der gleich bei der Bildung des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften betrat und heute nach halbjährigem Bestehen bereits 7000 Mitglieder zählt. Diese Verbandsgründung hatte einen heftigen Kampf gegenüber dem Trierer Eisenbahnerverband und dessen unter Fachabteilungseinfluß stehenden Vorsitzenden Molz in Folge, wobei letzter dort vlogt wurde, daß er inzwischen sein Amt niedergelegen müsse.

Die Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften in 1908 weicht von der der vorausgegangenen Jahre ab. Während frühere Stile und teilweise sehr bedeutende Summen zu zerzeichnen waren, ist im Berichtsjahr ein kleiner Rückgang eingetreten. Diesem Umstand ist indes eine Bedeutung nicht beizumessen; er findet seine Erklärung in den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, während der Berichtsperiode. Auch die beiden anderen deutschen Gewerkschaftsgruppen haben 1908 mit größeren Verlusten zu rechnen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften wurden im Berichtsjahr von einem Mitgliederverlust von 75 183 betroffen. Und die Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine ziehen es — entgegen ihres seitherigen Gesetzes — vor, in ihrem Jahresbericht seit 1908 gar keine Mitgliederziffern mehr anzugeben, wie sie auch durch einen verfälschten Kassenbericht die Verhältnisse ihrer Organisationen zu verschleiern suchen. Sie werfen 1908 erstmals die Einnahmen und Ausgaben der Organisationsklassen mit den gesondert stehenden Kranken- und Begegnungskassen zusammen, um die Offenheit ihrer Organisationen hinwegzutäuschen.

Bei einem Vergleich ihrer Jahresberichte von 1908 und 1907 konnten wir indes feststellen, daß die Einnahmen der Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine in allen Kassenarten sich in 1908 gegenüber dem Vorjahr um 125 016,25 M. verringerten (1907: 2 819 909,07 Mark, 1908: 2 694 872,73 M.). Darin liegt also der Schlüssel für die gekennzeichneten seltsamen Winkelzüge. Die Hirsch-Dunkerschen Gewerksvereine durften wieder glücklich unter 100 000 Mitgliedern angelangt sein gegen 108 889 im Vorjahr, wonach sich ihr Mitgliederbestand nunmehr wieder auf der selben Höhe hielte, wie um die Mitte des Jahres 1902.

Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen veränderten vom Jahresbeginn 1907 zu 1908 ihren Mitglie-

derbestand von 274 323 auf 264 519, also um 9804, und zwar um 7769 männliche u. 2035 weibliche Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug im Jahresdurchschnitt 22 087. Ein Vergleich der Mitgliederzahl von Ende 1907 mit denjenigen am gleichen Terminus im Jahr 1908 ergibt allerdings eine Verminderung von 23 882 Mitgliedern. Die verhältnismäßig große Differenz der Mitgliederzahl vom Jahresdurchschnitt zum Jahresende ergibt sich daraus, daß im zweiten Halbjahr 1908 einige Verbände, insbesondere der Verband der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, größere Mitgliederverluste zu verzeichnen haben, was neben der Wirtschaftskrise darauf zurückzuführen ist, daß der vergangene Winter sehr früh einsetzte und dadurch den Bauarbeitern früher als sonst die Arbeitsmöglichkeit fehlte. Normal ist dieser Zustand nicht, was auch schon daran hervorgeht, daß in den ersten Monaten baugewerblicher Tätigkeit in diesem Jahre der Verband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter wieder einen wesentlichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat.

Wenn der Mitgliederverlust bei den christlichen Gewerkschaften prozentual etwas größer ist, als bei den sozialdemokratischen (allerdings verloren diese bedeutend mehr), so deshalb, weil im Baugewerbe und in der Textilindustrie die Krise am schärfsten hervortrat und bei den christlichen Gewerkschaften auf die beiden Industrien ein höherer Prozentsatz der Gesamtmitglieder entfällt, als bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Auch diese haben im Baugewerbe und in der Textilindustrie allein 61 088 Mitglieder verloren. Bei einzelnen Verbänden wirkte neben der Krise eine im Berichtsjahre vorgenommene Beitrags erhöhung ungünstig auf den Mitgliederbestand ein; so bei den Textil-, Metall- und Keramikarbeitern.

An der inneren Festigung der christlichen Gewerkschaften hat das Depressionsjahr 1908 aber nicht zu rütteln vermocht, was insbesondere aus dem Kapitel „Kassenverhältnisse“ hervorgeht.

Nachfolgend die Durchschnittsmitgliederzahlen der einzelnen dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände:

Organisationen:	Gesamt Mitglieder 1907	Mitgliederbestand im Jahresdurchschnitt 1908	Mitgliederzahler auf 1000 Mitglieder	
			1907	1908
Bergarbeiter	784	74700	75250	
Textilarbeiter	264	40764	37561	
Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter	312	40185	35802	
Bautechnische Eisenbahner	98	24112	26186	
Metallarbeiter	276	28080	26427	
Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Postleiter	251	14036	14272	
Keramikarbeiter	253	11289	11043	
Heimarbeiterinnen	60	4986	5815	
Tabakarbeiter	101	6549	5551	
Keramikarbeiter	123	8852	4883	
Leberarbeiter	91	4203	3903	
Schneider	122	3758	3785	
Maler	87	3352	4861	
Gutenberghund	80	2812	2878	
Telegraphenarbeiter	55	1861	2737	
Graphische Gewerke	48	1469	1897	
Krankenpfleger	16	1114	1844	
Steinmetze Mayen	8	—	1187	
Nahrungsmittelindustrie-erbeiter	25	650	869	
Gärtner	38	728	793	
Deutsche Eisenbahnhandwerker u. Arbeiter	85	—	—	
Bayerische Salinenarbeiter	—	893	—	
Summe	3212	274323	264519	

Außerhalb des Gesamtverbandes stehen noch sechs Organisationen — darunter fünf Staatsangestelltenverbände und der oberschlesische Verein zur gegenseitigen Hülfe, der sich allerdings vor einigen Wochen mit den polnischen Vereinen verschmolzen hat — mit zusammen 80 437 Mitgliedern. In den christlichen Berufsorganisationen waren jedoch Ende 1908 insgesamt 841 204 Arbeiter- und Staatsangestellte zusammengefaßt, wovon 260 767 auf die Organisationen entfallen, die den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften bilden. Eine staatliche Armee selbst- und zielbewußter Streiter, mit der Freund und Feind wie die öffentlichen Faktoren zu rechnen haben.

(Über das Kassengebaren und die Streiks- und Lohnbewegungen in einem weiteren Artikel. Redaktion.)

Bahnpflege — Gewerbehyggiene.

Die Gewerbehyggiene ist ein Teil des Arbeiterschutzes. Die moderne Produktion mit ihrer intensiven Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft, unter Beihilfe nichtermüdender Maschinen, von Chemikalien, Stoffen und Gasen, hat das Einschreiten der Gesetzgebung zum Schutz der Arbeiter nötig gemacht. Die Gewerbehyggiene scheint deshalb den Gewerbevereinsernebnern vor, die Arbeiterräume, Betriebsvorrichtungen u. c. so zu gestalten, daß die Arbeiter gegen Krankheiten für Leben und Gesundheit geschützt sind. Sie gibt Vorschriften über die Größe des Aufzimmers, den Arbeiter um bestimmten Betriebe haben müssen, über Luftwechsel, Beseitigung des Staubes, der Gase und dergleichen mehr. Das Kinderschutzgesetz, die Vorschrift einer Maximalarbeitszeit für die jugendlichen Arbeiter, für die Frauen und für einen Teil der Männer gegen aus gesundheitlichen Gründen. Zur Bekämpfung von Berufskrankheiten in beson-

ders gefährlichen und gesundheitsschädlichen Industrien hat der Bundesrat besondere Vorschriften erlassen.

Was eine Berufskrankheit ist, ist nicht immer leicht zu entscheiden. Die Frage, ob Bahnkrankheit eine Gewerbekrankheit sei, ist nur sehr schwer zu beantworten. Hermann Kümmel sagt in seinem Buche: Bahnarzt und Arbeiterschutz: "Für die berufliche Bahnkrankung gilt dasselbe wie für alle Gewerbekrankheiten; sie müssen nicht, aber sie können als besondere Folgen beruflicher Beschäftigung auftreten."

Zu welchem Maße das letztere bei den einzelnen Berufen der Fall ist, darüber fehlen zur Beurteilung so gut wie alle Grundlagen. Den Bahnärzten ist eben bisher viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Nur für einige Industrien ist durch Gesetz oder Verordnung gegen auffällige und schwere Nierer- und Bahnkrankungen vorgegangen worden. So führte die beobachtete gewerbliche Phosphorvergiftung 1884, dann 1893 zu strengen Vorschriften über Ein- und Vorrichtungen in den Zündholzfabriken. Seit dem 1. Januar 1907 ist nun die Verwendung von weißem (gelben) Phosphor gänzlich verboten; es darf nur mehr giftreicher Blutdrossel zur Verwendung kommen.

Die Phosphornekrose ist eine Krankheit hauptsächlich der Zähne und des Kiefers. Durch schlechte, kariöse Zähne wird das Gift aufgenommen, das den Kieferknochen ansätzt und ihn schließlich zum brandigen Absterben bringt. Diese Krankheit endet in der Regel mit dem Tode des von ihr Befallenen.

Das Verbot, fernerhin Phosphor bei der Zündholzfabrication zu verwenden, gibt Aussicht auf völliges Verschwinden der schrecklichen Krankheit Phosphornekrose.

In einer Anzahl anderer Gewerbe gruppen sind ebenfalls bedenkliche Bahnkrankungen als Berufskrankheiten bekannt geworden. In seinem Bericht für das Jahr 1899 teilte der fgl. Fabrik- und Gewerbeinspektor für die Rheinpfalz folgendes mit:

"In einer neu entstandenen Fabrik ist es trotz aller Mühen und Anstrengungen bis jetzt noch nicht vollständig gelungen, die beim Nitrieren entstehenden Säuredämpfe an allen Stellen genügend zu beseitigen. Dieselben wirken besonders intensiv auf die Zähne, so daß bei einigen der betreffenden Arbeiter die Vorverzähne sich sehr stark beschädigt zeigen."

Die Arbeiter der chemischen Großindustrie, die mit Säuren und Säuredämpfen in Berührung kommen, sind vielfach Bahnkrankungen ausgesetzt. Bei Arbeiten in Sodafabriken wurde beobachtet, daß durch die Einwirkung von Salzsäure die Zähne allmählich weich wurden und abbröckelten, ebenso wie bei Nitrieren in der Sprengstoffindustrie und bei der Pulverfabrikation. Robert Vogt, gibt in seiner Schrift: Gesundheitliche Gefahren für Nitrierarbeiter in Pulverfabriken die Neuerungen von Arbeitern wieder. Nach Angaben von 14 Mannen hatten diese, seitdem sie als Nitrierer arbeiten, an den Zähnen zu leiden; dann weiter an Beschwerden und Störungen der Verdauung.

Bekannt ist auch, daß in den zahlreichen Betrieben, in denen Blei verarbeitet wird, oder die es mit Blei zu tun haben, häufig Bleivergiftungen auftreten. Zunächst tritt eine Störung des Allgemeinbefindens ein, sodann pflegt sich an der lofieren und meist beträchtlich geschwollenen, die Zähne umkleideten Schleimhaut ein schiefgrauer bis schwarzer Saum bemerkbar zu machen. Der Bundesrat hat deshalb bereits 1893 für die gefährlicheren Bleibetriebe besondere Vorschriften erlassen; sodann 1897 solche für Buchdruckereien und Schriftgießereien.

Dr. Kümmel hat festgestellt, daß alle Personen, welche auf Grund ihrer gewerblichen Tätigkeit regelmäßig mit Zucker zu tun hatten, bei einem Durchschnittsalter von 25 bis 26 Jahren, nur etwa 40 Prozent derselben gesunde Zähne hatten. Zuckerbäcker, Konditoren erkranken an Zahnsäule oder Zahnsaries. Diese ist als besondere Berufskrankheit erkannt. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden früher auch die Zähne der Glasbläser, beim Ansehen und Drehen des Glasrohres. Auch bei Schuhmachern ist Zahnsäule beobachtet worden, infolge Haltens von Schuhnägeln mit den Zähnen.

Auch in den letzten Jahresberichten der Gewerberäte finden sich kurze Mitteilungen über Erkrankungen des Zahnsleisches und der Zähne von Berufsarbeitern. Der Gewerberat für den Bezirk Aachen berichtet, daß unter 80 Anstreichern eines Hüttenwerks bei 7 Bleisäum am Zahnsleisch festgestellt wurde, eine Folge der Verwendung von Bleifarben. Der Gewerberat von Wiesbaden teilt in seinem Bericht mit: Die Untersuchung der Arbeiter in einer Gesamtbronzefabrik ergab bei einigen Arbeitern eine geringe Anstrengung des Zahnsleisches.

Soße Untersuchungen sollten allgemein und systematisch vorgenommen werden. Es würde sich dabei zweitesslos herausstellen, daß in manchen Berufen Bahnkrankheiten als Berufskrankheiten der Arbeiter vorhanden sind, die besser gewürdig und bekämpft werden müssen. Aber selbst wenn diese Voraussetzung nicht zuträfe, so müßte ein Interesse der Kostenersparnis der Bahnkrankheiten mehr wie bisher Beachtung geschenkt und ihnen entgegengesetzt werden.

Über die Ursachen von Bahnkrankungen im allgemeinen sagt Hermann Kümmel: Durch die Einwirkung von meistens nur zu reichlich vorhandenen Gärungsmikroorganismen kommen da, wo Speisereste verschiedener Art, vor allem Zucker oder in Traubenzucker verwandelte Kohlehydrate an Zähnen haften oder lange Zeit lagern, Gärungsvorgänge zustande. Die dabei gebildeten Säuren führen an Ort und Stelle zur Auflösung und Erweichung der Zahnsäule, die zur Zahnsäule wirken kann. Mund- und Bahnpflege ist also mit einer Hauptbedingung für Erhaltung gesunder Zähne. Gesunde Zähne aber sind nötig zu einer richtigigen Verdauung der Speisen, ungekauten Speisen verdaut der Magen schwer; Magenkatarrh, Verstopfung, Durchfall- und andere Krankheiten sind die Folge. Es steht fest, daß sausende Zähne Drüsenschwellungen, Entzündungs- und Eiterungsvorgänge in der Nachbarschaft, ja für Tuberkulose, Strahlenspezialkrankheit, Mundrose, Eitersteine die mittelbare Ursache abgeben können. Magen- und Darmkrankheiten, Lungenerkrankungen und Brand, allgemeine Blutvergiftung sind schon durch schlechte Zähne herbeigeführt worden.

Die Arbeiter haben also vor allem selbst darauf zu achten, ihre Zähne durch größte Reinlichkeit möglichst gesund zu erhalten. Krank, faulende Zähne sind durch Zahnhilfslinge behandelbar zu lassen. Es ist ein großer Mangel des Krankenassegesetzes, daß dasselbe die Bahnkrankheiten nicht genügend gewürdigt hat. Die Krankenkassen verstossen gegen die Interessen der Arbeiter sowohl als gegen ihre eigenen, wenn sie Zahnerhalt und insbesondere Bahnplombierungen nicht auf ihre Kosten nehmen. Durch die neue Versicherungsordnung sollte hier Wandel gebracht werden, entsprechend der Überschrift dieses Artikels: Bahnpflege ist Gewerbehyggiene. S. P.

Rouferei des Agitationsbezirks Hamm i. W.

(II. Schluss)

Die Kassenverhältnisse waren folgende: Einnahmen aus Eintrittsgeld 364,70 Mark, Wochenbeiträge 36 625 Mk., Telegeratensteuer 499,10 Mark, Extrabeiträge 6720,30 Mk., sonstiges 203,30 Mk., die Gesamteinnahme betrug in ü. v. Zuflussbestandes von 3688,31 Mk. aus dem Vorjahr 48 100,71 Mark. Hier von wurden 7681,26 Mk. den Mitgliedern an Unterstützungen ausgezahlt. 24 450,92 Mk. wurden zur Stärkung unseres Kriegsstocks nach Luisburg geschickt. Die Lokalkassen wiesen am 31. Dezember 1908 einen Bestand von 5963,09 Mk. auf.

Abrechnung der Bezirkskasse.

Einnahme:

Bestand aus 07	558,05 Mk.
Beitrag der Ortsgruppen	6175,33 "

Summa 6733,38 "

Ausgabe:

Gehalt und Agitation	3306,32 Mk.
Unterhaltung des Büros	138,00 "
Drucksachen, Schreibmaterial, Literatur und Zeitungen	416,53 "
Posto, Telefon und Telegramme	181,25 "
Sonstiges	51,65 "

Summa 4093,75 "

Rechnungsbuch:

1. Einnahme	6733,38 Mk.
2. Ausgabe	4093,75 "

Bestand 2639,63 "

Hamm (Westf.), den 10. Januar 1909.

E. Weinbrenner W. Tepe G. Hammer

Bezirksleiter.

Zum erstenmale hat die christliche Gewerkschaftsbewegung eine Wirtschaftskrise zu bestehen gehabt. Soweit sich die Lage bis jetzt übersehen läßt, ist die Krise auch ganz gut überstanden worden. Von unserem Bezirk, der dazu einer der jüngsten mit im Verband ist, können wir mit Stolz sagen, in guten und in schlechten Zeiten stehen wir unseren Mann. So soll es bleiben.

Nichtsdestoweniger muß aber auch gesagt werden, oft hätte viel mehr für die Arbeiter erreicht werden können, wären die Organisationsverhältnisse bessere gewesen. Das muß eine ernste Mahnung sein. Darum muß jetzt in der Stille die Organisation ausgebaut werden, um in der kommenden guten Zeit den berechtigten Wünschen der Kollegen Geltung zu verschaffen. Darum auf, Kollegen, tretet ein für eure gerechte Sache. Allen Kollegen aber, die im vergangenen Jahre mit in den vordersten Reihen gestanden, die keine Mühe und keine Kosten gescheut haben für ihre Kollegen, sei auch an dieser Stelle herzlichster Dank ausgedrückt. Allen Kollegen aber schwebe immer das Dichterwort vor Augen

"Einer für alle und alle für einen!"

Soweit einige Angaben aus dem gebrückt vorliegenden umfangreichen Jahresbericht der Bezirksleitung.

Kollege Weinbrenner erläuterte den Bericht in den wichtigsten Punkten, worauf in die Diskussion über denselben eingetreten wurde. Es wurde von den einzelnen Kollegen hervorgehoben, daß wie in Ru-

Kunst noch mehr wie bisher versuchen müssten, auch in den Orten unseres Bezirks, wo unser Verband noch nicht vertreten ist, diesen einzuführen. Kollege Wieber bemerkte im Schlusswort, daß es sehr angebracht sei, den Geschäftsbericht, wie es geschehen, gedruckt heraus zu geben. All das Errungene, die geleistete Arbeit, würde dadurch vielmehr bewertet werden können. Pflicht der Ortsverwaltungen müsse es aber sein, dafür zu sorgen, daß die Berichte in Zukunft noch mehr ergänzt werden könnten. Dieses könne geschehen, indem man alles Wichtige der Bezirksleitung übermittelte.

Kollege Alles referierte sodann über: Die Aufgaben der Ortsverwaltungen. Folgende Leitsätze legte er seinem Referat zu Grunde:

Mit der äußeren Entwicklung unserer Ortsverwaltungen muß das Streben, die innere Festigkeit herbeiführen, verbunden sein. Ohne eine geordnete, gezielte Verwaltung ist dieselbe nicht zu erreichen.

1. Es muß überall eine gute Kassenführung vorhanden sein. Voraussetzung ist die Wahl eines tüchtigen Kollegen, der über den nötigen Charakter und die entsprechenden Fähigkeiten verfügt, um die Kassen geschäfte ordnungsmäßig leiten zu können. Jede Einnahme und Ausgabe muß verbucht, die Belege (Quittungen usw.) in einer besonderen Mappe aufbewahrt werden. Pflicht der Ortsverwaltungen ist es, durch Vornahme von Revisionen sich von der richtigen Kassensführung zu überzeugen.

2. Spätestens vier Wochen nach Quartalschluss muß mit der Zentrale abgerechnet sein. Jede Rubrik der Abrechnungsformulare muß richtig ausgefüllt sein. Alle überschüssigen Gelder sind der Zentrale längstens monatlich einzusenden.

3. Bei Auszahlung der Unterstützung ist folgendes zu beachten. a. Dem Auszahler sollen die statutarischen Bestimmungen über Bezugsberechtigung, Höhe der Unterstützungen und dergl. bekannt sein. b. Die Auszahlung erfolgt nur an bestimmten Tagen.

4. Starke Volkskassen sind notwendig, daher muß jede Ortsverwaltung einen besonderen Volkszuschlag erheben. Die Volkskassengelder sollen zur geistigen und wirtschaftlichen Hebung der Mitglieder, sowie in der Agitation Vermöndung finden.

5. Neben dem Ausbau der Geschäftsführung soll der Ausbau des Vertrauensmännerstems nicht vergessen werden. Die Vertrauensmänner sorgen für die wöchentliche Einziehung der Beiträge, sowie Zustellung des Verbandsorgans.

Die Absteuerung der Beiträge an den Verwaltungskassen erfolgt 14-tägig, und quittiert letzterer die abgeführten Beiträge im Vertrauensmännerheftchen. Gleichzeitig erfolgt die Feststellung bezw. Ergänzung des Markenbestandes. Um Fluktuationen zu vermeiden, sind die Namen der restierenden Mitglieder der Verwaltung anzugeben, damit diese die Kollegen zur Zahlung anhalten kann.

6. Zwecks Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben muß jede Ortsverwaltung auf die Sammlung von heim- und stichfestem Material Bedacht nehmen. Zunächst vor allem feststellen, den Beruf der Mitglieder und wo sie beschäftigt sind. Sodann ist es notwendig, die Zahl der am Orte überhaupt Ansässigen zu wissen, auf welchen Betrieben sie beschäftigt sind, Organisationsverhältnis und dergl. Ohne genaue Orientierung der Werke, den Grad der Beschäftigung kann keine Bewegung geführt werden. Jede Verwaltung muß auch ab und zu Erhebungen veranstalten bezügl. Höhe der Löhne und Arbeitspreise, Dauer der Arbeitszeit, bestehende Mißstände usw. usw.

7. Monatlich einmal findet eine gemeinsame Versammlung des Ortsverwaltungsvorstandes sowie der Vertrauensmänner statt, in welcher über die wirtschaftliche Hebung der Kollegen und Förderung des Verbandes beraten werden soll.

Dann hielt der Bezirksleiter Kollege Weinbrenner ein Referat über die gegenwärtige Lage und unsere nächsten Aufgaben. Da die Ausführungen rein interner Natur waren, erübrigte sich eine Wiedergabe derselben. Nachdem die Wahlen zum Bezirkvorstand getätig waren, sprach Kollege Wieber ein begeistertes Schlusswort. Mit Stolz könne der Bezirk Hamm auf seine diesjährige Konferenz zurückblicken. Die Ausführungen der Kollegen in der Diskussion hätten bewiesen, daß neben der äußerlichen Entwicklung des Bezirks auch die geistige Vertiefung der Kollegen gleichen Schritt gehalten habe. Er richtete das Eruchen an die Delegierten, daß sie zu sorgen, daß in der bisherigen Weise in allen Ortsgruppen weitergearbeitet werden möge. Mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband schloß Kollege Weinbrenner die Konferenz. Möge dieselbe mit dazu beigetragen haben, uns unserem Ziel, Hebung des Arbeitervorstandes, näher zu bringen. Kollegen des Bezirks Hamm, mit frischem Mut vorwärts!

Konferenz des Agitationsbezirks Württemberg.

I.

Der Verbandsbezirk Württemberg einschließlich Pforzheim hielt am 20. Juni in Schwäbisch Gmünd seine diesjährige Bezirkskonferenz ab. Die in Betracht kommenden Ortsgruppen waren mit Ausnahme von Tutt-

ingen, das sich entschuldigt hatte, sämtlich vertreten. In Vertretung des Hauptvorstandes war der Centralvorsitzende Kollege Wieber anwesend. Nach Eröffnung der Verhandlungen durch den Einberufer Kollegen Waschke gab Kollege Hollsroth zu dem schriftlich vorliegenden Tätigkeitsbericht die notwendigen mündlichen Erläuterungen. Dem Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen:

Der Bezirk, für den der nachstehende Bericht gegeben werden soll, umfaßt sämtliche Industrieorte in Württemberg ausschließlich der Uhrenindustrie und einschließlich Pforzheim, als Hauptort der Edel- und Unedelmetallindustrie. Letztere Industrie ist vertreten in Esslingen, Geislingen, Heilbronn, Stuttgart, und dem Hauptort Pforzheim. Ihr folgt die Maschinenbranche, welche wohl in allen größeren Städten des Landes vorzufinden ist, in der Hauptstelle jedoch in Stuttgart mit Umgebung und Esslingen. Neben dem Bau von Dampfmaschinen und Elektromotoren ist dort die Automobilherstellung mit ihren Nebenzweigen weit verbreitet. In Göppingen, Ravensburg, Weinberg werden Werkzeug- und landwirtschaftliche Maschinen verschiedenster Art gebaut. Hohenheim fertigt Papiermaschinen und große Wasserrad-Anlagen. Reutlingen hat Betriebe, die Textilmaschinen herstellen. Der Maschinenbranche folgt die Mundharmonika-Industrie im Gebiete von Crossingen und Spaichingen. Ullm hat ein bedeutendes Großunternehmen der Messingherstellung neben der Fabrikation von Feuerlöscherätschaften und Militärbedarfartikeln. Die übrigen Industriezweige sind Waffenfabriken in Oberndorf, Metallspielwaren, Göppingen, Eisen und Bügeleisen Neuenbürg, chirurgische Instrumente Tuttlingen. In den Staatswerstätten von Wasseralfingen, Königsbronn, Schussenried, Ludwigs- und Friedrichstal sowie Abtsgmünd werden zumeist Gießereiwaren, Ofen, Eisenbahnbeford., Schwellen, Weichen und Achsen angefertigt.

Die Zahl der Arbeiter und Betriebe betrug 1908:

Betriebe	Arbeiter
Metallverarbeitung	1500 50 850
Instrumente u. Maschinen	1360 41 200
Chemische Industrie	87 2 211
Städtische Güterniveure	6 2 000

Wie das anderwärts in einem Bezirk mehr, im andern weniger, hat sich die Krise auch in unserem Bezirk fühlbar gemacht. In der Edelmetallindustrie war gegen das Vorjahr eine merkliche Verschärfung zu konstatieren, welche in Pforzheim und Gmünd besonders scharf in Erscheinung trat. Von Arbeitserlassungen im großen Maßstab wurde jedoch Abstand genommen. Dafür gingen die Unternehmer dazu über, dort, wo die Arbeiterschaft schwach und wenig organisiert war, die Löhne zu reduzieren in der Höhe von 10 bis 20 Prozent. Genaue Angaben lassen sich allerdings hierüber nicht machen, weil es sich zumeist um unorganisierte Arbeiter handelt. Selbst die staatlichen Verkehrsverwaltungen schreckten nicht zurück, ihren Arbeitern durch erhebliche Arbeitszeitverkürzungen ihr Einkommen zu schmälen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Im vorstehenden Kapitel ist bereits dargetan, daß die Krise sich merklich fühlbar gemacht habe. Aus eben diesem Grunde und in Rücksicht auf „die Finanzen“ des sozialdemokratischen Verbandes waren Streiks und Aussperrungen gegen die Vorjahre eine Seltenheit. Die von uns geführten vier Bewegungen galten in zwei Fällen der Abwehr von Verschlechterungen, die auch mit Erfolg beendet wurden. Anfangs des Jahres galt es eine von der Werksverwaltung angekündigte Ablösedreizierung in der Gießereiabteilung Wasseralfingen und Schussenried abzuwehren. Nach längeren Verhandlungen mit der oberen Verwaltung in Stuttgart gelang es, jenen Schlag hinzuhalten.

Erheblich mehr wurde die Bezirksleitung von der Kettenmiedebewegung in Anspruch genommen. Die Kettenmiede in Unterkochen-Alalen stellten im Mai die durchaus berechtigte Forderung, gemäß den teuren Lebensverhältnissen und in Abetracht der sich stets steigernden Arbeitsleistungen möchten die Arbeitgeber eine angemessene Lohnerhöhung genehmigen. Nach langwierigen unter dem Druck der öffentlichen Meinung geführten Verhandlungen gelang es, die Unternehmer zur Bewilligung zu bewegen, daß sie ab 1. Oktober 5 Prozent genehmigten und ab 1. April eine weitere Zulage von 10 Prozent vertragsmäßig versprachen. Doch noch vor dem 1. Oktober zogen die drei größten Firmen ihr Wort zurück, sich damit des Vertragsbruches schuldig machend. Die Kollegen einer dieser Firmen reichten daraufhin die Kündigung ein, standen aber von denselben wieder ab, nachdem sie erleben mußten, daß die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ein gemeinsames Vorgehen ablehnten, unter der Begründung, sie würden bei einem eventuellen Streik keine Unterstützungen erhalten. Gleich dem Dieb, der da schreit: halte ihn!, suchten die Genossen diese ihre schafe Handlung auf die Christlichen abzuwenden unter Würfen, welche jedem Scharfmacher Ehre machen würden. Doch war der Genossen Beginnen völlig ausstois- und nutzlos, da das Verhalten ihrer eigenen Leute als ein zu schamloses unter den Arbeitern bekannt war. Die

Zahl der an dieser Bewegung beteiligten Kettenmieden betrug 112.

Als Folge der Kettenmiedebewegung erzielten die Schlosser auf dem Drahtwerk Erlau-Alalen eine Lohnerhöhung von 8 bis 10 Prozent. Eine größere Schlosserei in Ravensburg gewährte auf Ansuchen unserer Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden bei gleichem Lohn. Das zu den Bewegungen im Jahre 1908, aus denen sich ergibt, daß dort, wo Einmündigkeit und Geschlossenheit unter den Kollegen herrschte, auch in Zeiten wirtschaftlicher Depression Erfolge erzielt werden konnten.

Mitgliederbewegung.

Doch in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges große agitatorische Erfolge nicht zu erzielen sind, mußten die uns an Alter und Erfahrung überlegenen sozialdemokratischen Gewerkschaften und die Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften zu ihrem Leidwesen erfahren, daß sich ihre Reihen nicht unbedenklich lichteten. Nicht so bei uns. Dank der energischen und mit Ausdauer betriebenen Kleinagitation in den verschlebenden Ortsgruppen war es möglich, die infolge Beitragserhöhung, Kleinmut und Verzagtheit entstandenen Lücken zu füllen, sie sogar um einige Hundert zu erweitern, wie dies auch aus folgenden Zahlen hervorgeht:

Mitglieder	Aufgenomm.	Umgereist u. Zahl
1. Januar 1908	1631	171 150
1. April 1908	1652	405 109
1. Juli 1908	1943	185 166
1. Oktober 1908	1967	129 182
1. Januar 1909	1914	890 607

Nichtsdestoweniger bleibt zur Belehrung und zur Bewahrung noch ein weites Feld offen. Bei einem Vergleich mit der Zahl der im Bezirk beschäftigten Arbeiter ist die Zahl der organisierten immer noch eine beträchtliche, so wie zu neueren Zeiten, daß die Krise in Bezug auf die Finanzen sehr merkliche Spuren hinterlassen. Das Bild der Kassenverhältnisse ist ein weniger erfreuliches zu nennen:

Eintritts	Beitrags	Deleg.	Beitrags	Marken
Marken	Marken	Marken	Quote	Verlauf
1. Quart.	53	1979	1392	11,93 9168,45
2.	365	21137	1522	11,74 9601,45
3.	182	22820	1486	12,43 10284,95
4.	101	21228	1509	10,82 10830,20
	670	84961	5929	47,21 29880,05
	15% b.	Unter-	Central-	Bestand der
1. Quart.	1862,75	2292,59	4495,45	Zollklasse
2.	1441,87	8026,20	3249,94	1215,24
3.	1542,77	6480,24	3942,10	2046,37
4.	1832,84	8950,45	3900,77	2234,46
	6183,09	24 001,47	16 692,24	2 223,46

Die enorme Unterstützungssumme entfällt hauptsächlich auf die Ortsgruppe Gmünd. Die Zahl der gelebten Marken ging gegen das Vorjahr zurück, wie sich dies aus der Beitragsquote ergibt. Dieselbe betrug 1907 47,6, während sie 1908 auf 47,21 sank. Das 2. Quartal brachte einen erheblichen Zufluss an Mitgliedern, der sich im 3. Quartal durch die Beitragsquote in aufsteigender Linie erkennbar macht. Das 4. Quart. bringt wieder ein merkliches Einfallen, das sich im wesentlichen auf die am 1. Oktober eingetretene Beitragserhöhung zurückführt. — Die Periode im Lungenstadium steht im Berichtsjahr auf an Fabrik- und öffentlichen Versammlungen 64 (43), Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzungen 201 (57), Werkstatt-Besprechungen 48 (20), Mitgliederversammlungen 248 (67). Der Bezirksleiter beteiligte sich ferner an 9 Konferenzen, unternahm 4 Revisionen und pflegte mit Arbeitgebern und Behörden 16 Verhandlungen. Unterrichtsfürse leitete der Bezirksleiter 24, zudem beanspruchte die am früheren Tag in Schramberg eingetretene Beerenverbandsgemeinschaft die Arbeitskraft des Bezirksleiters mehrere Wochen fast ausschließlich. Auswärts wurden im Jahre 1908 225 Tage verbracht. Die schriftliche Arbeiten spiegelten sich in nachstehenden Zahlen in etwa wieder: Briefe 266, Marken 333, Anweisungen 32, Drucksachen 212, Telegramme 10, Pakete 5, Eingaben 8, Artikel 62. Der Auslauf betrug zusammen 928; der Einlauf 650 Sendungen. Die Verhandlungen erforderte ebenfalls eine Korrespondenz von 350 Stück im Auslauf.

(Schluß folgt.)

Die geplante Reform der Krankenversicherung

gemäß dem Regierungsentwurf über die Reichsversicherungsordnung hat in den Kreisen der Berufsschichten breit aufregung hervorgerufen. Da diese Angelegenheit die Arbeiter der Metallindustrie in ganz besonderer Weise betrifft, ist die diesbezügliche Stellungnahme der öffentlichen Versammlung vom 21. Juni in Essen ausführlicher hier wiedergegeben. Der Kollege [unleserlich] [unleserlich], zeigt jenen Ausführungen folgende Fragen zu Grunde: „Welche Neuerungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung sieht der Entwurf vor?“ und „Was ist von diesen Neuerungen zu halten?“

Die Krankenversicherung ist die älteste und bedeutendste der drei Versicherungsarten. Und sie ist vor allem die populärste. Die bisherige ausgedehnte Selbstverwaltung durch die Beteiligten ist es, welche dieser Art der Versicherung die Popularität verschafft hat. Die Versicherten, welche in den Verwaltungsförpern die Zweidrittel-Mehrheit bilden, haben es in der Hand, aus den Krankenkassen etwas zu machen. Das unter diesen Umständen das Vertrauen der Versicherten zu den Krankenkassen groß ist, wie etwa zu der Unfallversicherung, ist begreiflich.

Und gerade in diesem wichtigsten Punkte sieht der Entwurf eine grundsätzliche Veränderung vor.

Ein Vorteil des neuen Entwurfs besteht in der Abschaffung der Versicherungspflicht auf das Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde und in der vorgeesehenen, allerdings nur teilweisen Centralisation der Kassen. Bezüglich des letzten Punktes bestimmt der Entwurf insbesondere, daß in Zukunft Betriebs- und Firmenkassenlosen mit weniger als 500 Versicherungspflichtigen (bisher 50) nicht mehr errichtet werden dürfen, wodurch besonders die Gründung kleiner Betriebskassen hinausgehalten werden soll. Damit kann man sich mit einverstanden erklären. In der Begründung der Reichsversicherungsvorschrift wird bezüglich der früheren Möglichkeit, schon bei 50 Versicherungspflichtigen eine Betriebskasse zu errichten, gesagt: „diese Zahl ist bei weitem zu niedrig.“

Es ist hier zunächst die Frage aufzuwerfen, wie steht die Mehrzahl der Versicherten in Betriebskassen zu den Betriebskassenlosen überhaupt? Was spricht für Betriebskassenlosen, und was spricht gegen dieselben?

Der Redner beantwortete diese Fragen und kam zu dem Ergebnis, daß die für den Fortbestand der Betriebskassenlosen geltend gemachten Gründe nicht immer zutreffend seien, und daß mindestens ebenjedole Gründe gegen Betriebskassen geltend gemacht werden könnten.

Die einschneidendste Aenderung sieht der Entwurf vor bezüglich der Halbierung der Beiträge und der Rechte der Versicherten in den Kassenlosen. Welche Gründe werden hierfür geltend gemacht?

Der Hauptgrund ist der: es sollen die politisch sozialdemokratischen Einflüsse in den Kassen und der Einfluß auf die einzustellenden Beamten ferngehalten werden. Es mag für einen Kassen zutreffen (besonders in Berlin), daß sich tatsächlich sozialdemokratische Einfluss geltend gemacht hat. Den zu brechen, gibt es aber noch andere Mittel. In der Begründung des Entwurfs wird für die erwähnte Behauptung nicht der Beweis erbracht, daß dieser Einfluß einen nennenswerten Grad erreicht hat. (Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß die Begründungen über die Einflussnahme der Sozialdemokratie auf die Kassenlosen nicht stimmen, in denen sich politische Umtriebe breit machen; auch Landräte und Kreisräte haben politisch schon auf die in ihren Institutionen tätigen Beamten eingemacht.) Durch die in dem Entwurf vorgesehene Einführung der Proportionalwahl wird auch anderen Arbeitern die Möglichkeit gegeben, in die Kassenverwaltungen einzubringen, und schon hierdurch wird den Sozialdemokraten in den in Frage kommenden Kassen die Alleinherrschaft genommen.

Es wird seiner eingewandt, die Arbeitgeber seien gegenüber den Arbeitern in den Kassenorganen in ihren Rechten beschränkt. Demgegenüber muß betont werden, daß die Kassenlosen doch zunächst den Zweck haben, den kranken Arbeitern die Gesundheit wiederzugeben, ihnen ärztliche Hilfe, Ruhe und Ruhegenuss zu vermitteln. Deshalb muß in dieser Beziehung auch die Entscheidung bei den Arbeitern liegen. Daraum sind ihnen auch bei Schaffung des Kassenversicherungsgesetzes Zweidrittel der Kosten auferlegt worden. Man wollte die Arbeiter im weitesten Maße an dieser Versicherung interessieren. Der unbegrenzte Ausdehnung der Leistungen und Beiträge in den Kassen sind auch heute schon seitens des Gesetzes Grenzen gezogen; dieselben können bekanntlich nur unter Zustimmung auch der Majorität der Arbeitgeber nicht über 4,5 Prozent des Lohnes erhöht werden. Die Arbeitgeber haben doch nur ein finanzielles Interesse an der Kasse. Bei der Halbierung müssen die Arbeitgeber jährlich 50 Millionen Mark mehr aufbringen wie bisher.

Und gewiß muss dem letzten Grunde will der übergrößte Teil der Arbeitgeber von der Halbierung selbst nichts wissen. Es sind nur die deutschen Großindustrien, welche die Idee der Halbierung propagieren, die unbedingt immer nicht genug klagen können über die unerträglichen Lasten, die ihnen durch die Sozialgesetzgebung auferlegt werden. Das hat sich auch bei der Konferenz im Reichsamt des Innern gezeigt, wo im Gegensatz zu den übrigen Arbeitgebern mit die Schärfmacher die Halbierung forderten. Gerücht werden die Arbeiter bei Durchörtern der Vorschläge der Regierung einen Teil der Beiträge weniger zu zahlen brauchen (den 6. Teil), aber die hier Versammelten und in den Kruppischen Kassenlosen versicherten Arbeiter werden ganz sicher dafür, aber auch das Recht der Zweidrittel-Mehrheit in den Kassenorganen weiter behalten. Lieberhaupt kann nicht laut und eindringlich genug darüber gewarnt werden, die Kassenlosen der Sozialversicherung, den populärsten Zweig der Sozialversicherung, durch Abschaffung der Zweidrittel-Mehrheit ihrer großen Bedeutung zu berauben. 25 Jahre besteht dieselbe, und jetzt, im Jubiläumsjahr des R.E.-G., will man sie den Versicherten nehmen. Es ist nicht die Frage, ob bei Einführung des Gesetzes den Versicherten das Recht der Zweidrittel-Mehrheit überhaupt hätte eingeräumt werden sollen, sondern die Hauptfrage ist: kann man ein Jahrzehntlang bestehendes, durch vielerlei Engaden überhaupt rückgängig machen?

Diese Frage muß entschieden beantwortet werden.

Die durch Einführung der Halbierung der Rechte geschaffenen Verhältnisse führen aber in den Betriebskassen doch zu weit größeren Missständen wie in den Ortskassen. Einer der vorhin erwähnten Schriftsteller für die Abjugung der Zweidrittel-Mehrheit (sozialdemokratischer Einfluß auf einzustellende Beamte) trifft bei den Betriebs-

Kassen überhaupt nicht zu, weil hier der Arbeitgeber die Kassenbeamten selbst ansieht. Dann werden aber die Versicherten in den Betriebskassen noch bedeutend dadurch in ihren Rechten beeinträchtigt, daß sie auf den Vorstandsvorsitzenden keinen Einfluß haben, womit die §§ 408 und 409 bestimmen, daß in Betriebskassen dem Arbeitgeber der Vorsitz zusteht, und daß derselbe alle Arbeitgeberstimmen geschlossen abgeben kann.

Wenn diese Bestimmungen gleichzeitig mit den Determinationen, betreffend Halbierung der Beiträge, Gesetze werden, sind die Arbeitnehmer dauernd zur völligen Rechtslosigkeit in den Betriebskassen verurteilt. Bei allen entscheidenden Abstimmungen im Ausschluß vereinigt der Arbeitgeber alle Stimmen in einer Person. Von den Vertretern der Versicherten braucht nur einer zu fehlen, oder einer sich der Abstimmung zu enthalten (und das kann bei allen entscheidenden Fragen der Fall sein), dann geht immer der Antrag des Arbeitgebers durch; oder es braucht nur ein „Gesetz“ in den Ausschluß gewählt zu werden, der ja immer mit dem Arbeitgeber stimmen muß. Selbst in der Begründung der Reichsversicherung wird zugegeben, daß bei den Betriebskassen „die persönliche Autorität des Unternehmers den eigenen Arbeitern gegenüber schwerer in die Waagschale falle.“

Somit können wir heute wohl rund heraus erklären: In dem Fortbestehen der Kruppischen Betriebskassenlosen haben die Kruppischen Arbeiter unter solchen Verhältnissen kein Interesse mehr.“

Wir noch ein Wort zu dem „Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskassen“. Im Jahre 1903/1904 wurde der Verband rheinisch-westfälischer Betriebskassen gegründet, der anfangs eine harmlose Vereinigung darstellte. Die Versicherten waren in demselben von vornherein ausgeschaltet. Zum Teil bewiesen sich die Bemühungen des Verbandes im Rahmen solcher Fragen, die auch im Interesse der Versicherten lagen. Am 29. Oktober 1907 wurde in Eisenach der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskassenlosen geschaffen. Da bekanntlich die Verwaltungskosten der Betriebskassen von den Unternehmen sehr hoch gestiegen waren, haben dieselben die Versicherten einfach von einer Vertretung in dem Verbande ausgeschlossen. Ja, in den meisten Betriebskassen wird der Ausschluß an den Verband hinzugesetzt werden, ohne die Vorstände gefragt zu haben. Da dieser Verband tatsächlich nur die Interessen des Unternehmers vertreibt und nicht auch die der Versicherten, hat besonders der letzte Verbandstag gezeigt. Die dort angenommenen Leitsätze zur Verhandlungstechnik standen in direktem Gegensatz zu denen der Versicherten. Wenn der genannte Verband heute antritt, er umfasst 1,8 Millionen Versicherte, so ist dies in gewissem Sinne eine Täuschung der Daseinsfähigkeit. Die Versicherten haben mit dem „Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskassenlosen“ nichts zu tun, und es ist jedenfalls eine Urmaschine, wenn in dem Jahresbericht des Verbandes gesagt wird: „Der Verband hat angefangen.“

Redner sah schließlich seine Aussführungen in nachfolgender Resolution zusammen:

„Die heute am 21. Juni 1909 von circa 2000 Kruppischen Arbeitern besuchte öffentliche Versammlung erklärt sich grundsätzlich für die Beibehaltung der bisherigen Rechte und Pflichten der Versicherten in den Kassenlosen-Organen. Die Einführung der Halbierung in den Kassenlosen würde die Rechte der Versicherten insbesondere in den Betriebskassen völlig lahms legen, da die Arbeitgeber infolge der Übertragung der Stimmen auf eine Person den Versicherten gegenüber sich immer im Vorteil befinden. Insbesondere wird die jährliche in die Waagschale fallende persönliche Autorität des Arbeitgebers (dem in den Betriebskassenlosen der ständige Vorsitz übertragen wird), auf einen Teil der Vertreter des Ausschusses stets stark einwirken und hat bei der Abweichenheit oder Stimmenenthaltung nur eines einzigen Versicherungsvertreters, der Arbeitgeber immer die Majorität. Dieser Zustand wird in der Praxis dazu führen, daß dieser besonders bei entscheidenden Fragen betr. Ausbau und Herabsetzung der Leistungen usw. in fast allen Fällen von vornherein eine Majorität im Sinne und Interesse des Arbeitgebers ergibt.“

Die Versammelten erwarteten, daß die betroffenen Faktoren den diesbezüglichen Bestimmungen der Reichsversicherungsvorschrift ihre Zustimmung versagen. Des weiteren haben die Versammelten bei Einführung der Halbierung der Rechte in den Kassenlosen kein Interesse mehr an dem Fortbestehen der Betriebskassenlosen. Die auf dem Verbandstage des „Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskassenlosen“ am 25. Mai 1909 angenommenen Entschließungen, deuten sich keineswegs mit den Interessen der Versicherten in den Betriebskassenlosen und sind die Versicherten in dem genannten Verbande nicht vertreten. Derselbe stellt vielmehr mit einer Vereinigung der Unternehmer in den Betriebskassenlosen dar.“

Diese Stellung zu der angedrohten Aufhebung der Selbstverwaltung in den Kassenlosen wird die Zustimmung aller Versicherten finden, mit Ausnahme — der Gelenken, die auch in dieser wichtigen Frage wieder die Unternehmerinteressen vertreten. In einer am 27. Juni in Essen abgehaltenen Versammlung des Kruppischen gelben Verbandsrates hat der Obergelbe H. ein Referat über diese Frage gehalten, die Kruppische Betriebskassenlosen über den grünen Fleck gelobt und sich mit der Beschreibung der Selbstverwaltung durch die Halbierung einverstanden erklärt. Einiges anderes ist von dieser Seite auch nicht zu erwarten. Die bemühtesten Leute verraten und verlaufen ihre eigenen Interessen.

Gewerkschaftliches.

Die Unterstützung für Einzel-Aussehstage

ist bekanntlich von der fürzlich stattgefundenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes abgeschafft worden.

Ein Artikel in Nr. 27 der „Metall-Arbeiterzeitung“ mit der Überschrift: „Mitgliederungsnormen Schmuckkonkurrenz“ beginnt so nun zu fortzusetzen,

als ob dieser Beschuß von unserem christlichen Metallarbeiterverband zu unlautern Konkurrenzzwecken ausgenutzt würde.

Man hätte ohne weiteres annehmen sollen, heißt es u. a. in dem soziald. Verbandsorgan, daß der Beschuß der Hamburger Generalversammlung bezügl. der Aussehtagunterstützung bei den „Christen“ nur freude auslösen würde, da sie früher doch stets so energisch gegen diese Abart der Gewerkschaftsunterstützung Stellung genommen hätten, was an mehreren Zitaten aus unserem Organ nachgewiesen wird. Aber in dieser Ansicht habe man sich getäuscht; jetzt treiben die Christlichen gerade mit dieser Unterstützung unlauteren Wettkampf. Als einziger Beweis dient der Metallarbeiter-Zeitung die Ortsgruppe Schwäb.-Gmünd, welche sich durch die Schmuckkonkurrenz des freien Verbandes hat drängen lassen, bei Aussehtagen Unterstützung zu gewähren.

Darin erblieb das sozialdemokratische Blatt eine Bestätigung für seine vorgefaßte Ansicht, daß zwischen Worten und Taten der Christlichen ein unlösbarer Widerspruch bestehe, und daß sie stets das Gegenteil von dem täten, was sie als im Interesse der Arbeiter liegend für notwendig bezeichnet hätten. Sowohl der Gebantengang des Artikels in der „Metallarbeiter-Zeitung“.

Demgegenüber haben wir zunächst zu bemerken, daß wir von dem, was wir in unserem Verbandsorgan über das überspannte Unterstützungsweise gerichtet haben, voll und ganz aufrecht erhalten und auch unsere Verbandsleitung mit Erfolg dagegen angekämpft haben. Daran kann auch die Unterstützung in Schwäb.-Gmünd nichts ändern. Wir können aber mit Zufriedenheit feststellen, daß die Unterstützungsmaße in unserm Verband nicht in gleicher Weise eingetragen, wie im freien Verband.

Tatsächlich hat uns auch der diesbez. Beschuß des Hamburger Verbandstages — Befreiung der Aussehstage, — um mit der „Met.-Btg.“ zu reden, gefreut, er war eine gewisse Genugtuung für unsere Leid in dieser Sache. Auch wollen wir hervorrufen, daß seitens unserer Centralleitung längst vorher auf Befreiung der Mitglieder, wo solche sich herausgebildet, mit allem Nachdruck hingewirkt wurde.

Dass unsere Mitglieder in Schwäb.-Gmünd aber nicht ganz in unserer Unterstützungsmasse einzutreten sind, beweist die Tatsache, daß dieselben, so lange die Aussehunderstützung in Kraft bleibt, auf die Kassenunterstützung verzicht leisten wollen. Andererseits können dieselben nun nicht auf Kommando des sozialdemokratischen Verbandes über Nach die Sache ändert, dieses wird auch der Metallarbeiterzeitung einschauen. Die Metallarbeiterzeitung hat aber damit umso weniger Recht von Schmuckkonkurrenz zu reden, als die Kollegen nur eine Art der Unterstützung beanspruchen. Der Metallarbeiterzeitung steht es übrigens schlecht an, den Einflüssen zu spielen. In Wahrheit hat der freie Verband — dieses muss immer wieder betont werden — diesen Stöder seit einer Reihe von Jahren zum Mitgliedsrang benutzt und in den Werkstätten unsere Mitglieder aufzuregen versucht, und heute müssen diese Versprechungen wieder zurückgenommen werden, weil sie praktisch un durchführbar sind. Diejenigen sozialdemokratischen Mitglieder, die an diesem Stöder hängen blieben, sind heute die Genarten und Geprägten, und deren Zahl ist jedenfalls nicht gering. Um diese Unzufriedenen und Wankelmütigen bei der Stange zu halten, muß nun eine frisch-fröhliche „Christen“-Partei wieder ihre Schuldigkeit tun. Ob sie aber ihren Zweck erfüllen wird, ist allerdings sehr fraglich, denn diesen von sozialdemokratischer Seite vergangenen Unterstützungsmeinungen ist die Farbe wurscht, wenn sie nur den Verband messen können. Und diese Sorte von Mitgliedern wollen wir keiner Gegen-Organisation strittig machen, weshalb sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und sein Organ über angebliche christliche Schmuckkonkurrenz in keiner Weise aufzuregen brauchen.

Geld reicht nicht

In Nr. 25 unseres Organs haben wir schon mitgeteilt, daß bei einem Streit in der soziald. Parteiopresse um die Geldquellen der „Sozialistischen Monatshäfte“ die sonderbare Tatsache ans Licht kam, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften Gelder von bürgerlichen Kapitalisten erhalten hatten. bestimmte Summen waren aber nicht genannt. Inzwischen ist diese vielsagende dunkle Geschichte etwas näher aufgehellt worden. Die Geschäftsführerin M. und von den „Sozialistischen Monatshäften“ ist von der Parteiopresse als diejenige angeklagt worden, die den Klingelbeutel bei bürgerlichen Geldleuten für die genannte Zeitschrift geschwungen habe. In einem neuerlichen Verteidigungsschreiben im „Vorwärts“, Nr. 146 vom 26. Juni erzählte die Genossin nun folgende höchst interessante Einzelheiten:

„Ich bin nicht mit einer Liste bürgerlicher Politiker dorthin gekommen, sondern in Frankfurt a. M. hat mir der Genossen M. die Namen der Personen genannt, die kurz vorher für das Gewerkschaftshaus in Frankfurt 600 000 Mark gegeben hatten, darunter die beiden Hollgarten, Merton und Dr. Möller. Dies war die sogenannte „Liste“.

Nicht mit Unrecht schreibt die Genossin Munde an einer andern Stelle ihres Artikels: „Was ist das für eine Konsequenz, die nichts dabei findet, wenn das Gewerkschaftshaus mit den Geldern bürgerlicher Philanthropen begründet wird, aber schelmische Denunziationen erhebt, wenn ein wissenschaftliches Organ von einem derselben Herren unter besonderen Umständen eine Unterstützung annimmt, an die nicht die geringsten Bedingungen gethobt war.“

Die blamable Enthüllung sucht ein Frankfurter Genosse nun in einer weiteren Zuschrift an den „Vorwärts“ in Nr. 149 dahin abzuschwächen, daß es sich bei den 600 000 Mark um eine Hypothek handele, gesteht aber im gleichen Atemzug ein, daß die Frankfurter sozialdem. Gewerkschaften drei Jahre früher (1897) schon einmal 15 000 von bürgerlichen Geldgebern für Herbergsgäste erhalten haben.

Es steht mithin fest, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Frankfurt a. M. Gelder von bürgerlichen Kapitalisten annehmen. Den christlichen Gewerkschaften hat man ferner ähnliches nachsagen wollen, — bekanntlich auch noch anlässlich der Siegener Reichstagssatzwahl im Anfang d. J. — aber nemals einen Schatten des Beweises dafür erbringen können. Über die im Siegener Wahlkampf aufgetretene Ente heulte die ganze sozialdemokratische Presse vor Vergnügen, als ob es sich um ein schwindwürdiges Verbrechen der Christlichen handele und jetzt hat sie ob der Frankfurter Enthüllungen die Sprache verloren. Das ist die weltherühmte Konsequenz der Sozialdemokratie. — Wer weiß, an wie vielen anderen Orten außer Frankfurt a. M. die Genossen ebenfalls schon nach dem Grundsatz: „Geld reicht nicht“ gehandelt haben und fortwährend noch handeln?

Klimm in den S.-D. Gewerksvereinen

Dass die S.-D. an vielen Orten nichts anderes sind als Klimm-Bimm-Vereine, ist schon öfter behauptet und auch nachgewiesen worden. In Schlesien, „dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten“, ist es nun ganz selbstverständlich, daß die S.-D. ihre ganz besonderen „Eigenarten“ haben. Auch im Klimm-Bimm-Herfür wieder ein Beweis. Der Sonntagsausgabe des „Boten aus dem Riesengebirge“ entnehmen wir mithin folgendes:

„Dankagung!“

Hiermit sagen wir dem Herrn Pastor Henke für seine schönen Worte, den Ehrenjungfrauen, Ehrengästen, dem Willkürverein Merzdorf-Rudelsstadt, dem Gelangverein Ober-Rudelsstadt, der freiwill. Fabrikfeuerwehr Spinnerei Merzdorf, der freiwill. Feuerwehr und dem Radfahrerverein „Wanderlust“ Rudelsstadt, unseren Brudervereinen, sowie allen denen, die sich an der Fete unseres Fahneneidfestes beteiligt und zur Verschönerung desselben beigetragen haben, unsern wärmen Dank.

Merzdorf, den 17. Juni 1909.

J. A.:

Schwarzer Wolf,

Vorsitzender des Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter Merzdorf-Rudelsstadt.

Also auch die freiwillige Feuerwehr der Spinnerei Merzdorf war auf dem Fahneneidfest vertreten. Es muß wohl eine sehr enge Freundschaft zwischen dem Werk und den S.-D. bestehen. Im übrigen spricht die Dankagung für sich selbst. Als ergötzliches Kuriosum sei bei dieser Gelegenheit auch erwähnt, daß in Duisburg vor einigen Wochen eine Vereinsfahne der S.-D. Maschinenbau- und Metallarbeiter bei einer Fahnenschau unter den Haimerlern und öffentlich an den Meistbietern versteigert wurde. Das solche Bannet soll nicht bezahlt und auch keine Mitglieder mehr dagegen sein, die dafür aufzukommen hatten. Wie ein S.-D. Volksbürtchen dann in einer Polemik gegen die sozialdem. Presse mitteilte, sei die versteigerte Fahne jetzt auf ihrem Gewerkschaftsbureau in Augenhöhe zu nehmen. Ledernfalls wird sie als Schenkungswertigkeit ersten Ranges dem S.-D. Altertumsmuseum einverlebt werden.

Schmerz läßt nach! So sieht es in der „einzig rüstigen, wirklich neutralen Berufssorganisation mit den fundamentalen Grundsätzen aus.“

Sozialdemokratische Streikbrechereien

In Eichweiler stehen die christlichen Bauarbeiter im Streit. Von Seiten des sozialdemokratischen Maurerverbandes ist eine systematische Streikbrechervermittlung betrieben worden. Die „Dauergewerkschaft“ (Nr. 27) berichtet u. a. folgendes über das rote Vertragspiel:

Am Montag, den 21. Juni, kamen wiederum acht „freiorganisierte“ Maurer aus dem Bezirk Wiesbaden. Schon auf dem Kölner Bahnhof wurden dieselben angehalten und ihnen erklärt, daß die Maurer und Hilfsarbeiter im Streit stehen. Die Leute erklärten: Sie mügten dieses. Vor der Abreise hätten sie mit ihrem Beamten Kessel in Aachen telefonisch Rücksprache genommen. Kessel habe ihnen erklärt: Für sie bestehe in Eichweiler kein Streit, sie sollten sich durch nichts stören und von den Streikposten nicht beeinflussen lassen. Nachdem die Leute über den wahren Sachverhalt aufgeklärt waren, versprachen sie, keinen Verlust an der einheimischen Arbeiterschaft zu über-

Wie zwei der Angehörigen erklärten, steht auch das Verbandsbureau des sozialdemokratischen Maurerverbandes in Wiesbaden mit der Angelegenheit in Verbindung. Sie bezeichneten dieses als eine Schurke und erläuterten ihren sofortigen Ausritt aus dem sozialdemokratischen Verbande. Es wurde ihnen das Netzegehalt nach Essen gezahlt und sie reisten ab. Vorher erklärten sie noch folgendes:

„In den nächsten Tagen sollen noch weitere für Eichweiler bestimmte Arbeiter aus dem Rheingau kommen; wir aber wollen dafür sorgen, daß das Vorgehen des soz. Maurerverbandes in Eichweiler bekannt wird, damit kein weiterer Missbrauch mit unsren Landsleuten getrieben wird.“

So wird das arbeiterverrätersche Gebahren des sozialdem. Verbandes von eigenen ehrlich denkenden Mitgliedern beurteilt. — Daß die sozialdem. organisierten Steinarbeiter bei dem Kampf im Solingen-Lithographiesteingebiet auf Anweisung ihrer Organisation den Unternehmern Raureiher die Dienste leisten und den brutal ausgesperrten christlichen Arbeitern und Arbeiterninnen in den Rücken fallen, haben wir in der vorigen Nr. schon kurz berichtet. In der letzten Nr. der „Gewerkschaftsstimme“ werden die Namen der Streitbrecher veröffentlicht. Bezeichnend für die sozialdemokratische Moral ist es, daß dieser schmähliche Arbeiterverrat von der roten Presse auch noch beschönigt und verteidigt wird. Die deutsche Arbeiterschaft mag sich nun ein Urteil darüber bilden, in welchem Lager Streikbruch und offener Arbeiterverrat betrieben wird.

Verlogene Kampfweise

Unter dem Stichwort: „Willst Du nicht mein Bruder sein usw.“ macht zurzeit durch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse eine Rottiz die Runde, nach welcher eine Totschlagsaffäre in Niedersimten bei Pirmasens so dargestellt wird, als sei sie eine Folge der Belästigung der sozialistischen Gewerkschaft der Leberarbeiter durch den christlichen Lehrlingerverband. Tatsache ist nun, daß diese schon am 25. April stattgefundenen Schlägerei mit tödlichem Ausgang mit Organisationsgegenzähen nicht das geringste zu tun hat. Wie man den bedauerlichen Vorgang, an dem übrigens der tödlich Misshandelte selbst nicht urschuldig war, mit dem christlichen Lehrlingerverband in Verbindung bringen kann, ist ebenso unverständlich, wie verleumderisch. Nur die unehrlichsten Genossen können so etwas gegenüber den Christlichen tun.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch einen Fall anführen, der sich in Pirmasens ereignete, und der Beugnis ablegt von den Fechten sozialdemokratischer Erziehung. Ein sozialdemokratisch organisierter Arbeiter, namens Glaser, nahm einem Lehrjungen, der dem christlichen Verbande beitreten wollte, den Aufnahmeschein aus dem Rock und schrieb darauf: „Bonifatiusbruder, Missionssprecher z. Bt. im Vereinshaus, Jesus von Nazareth, geb. zu Nazareth.“ Außerdem wurde der Lehrling von Glaser fortwährend geschlagen, getreten, benetzt, angespuckt und auf alle mögliche Art gehänselt. Und zwar, weil er nicht dem sozialdemokratischen Schuhmacherverband beitreten wollte. Und solche Röhreiten sollen sich die christlichen Arbeiter ruhig gefallen lassen! Nein, sie wehren sich dagegen und stärken ihre Organisation. Das sind sie ihrem Stand und Ansehen schuldig.

Aus der Metallindustrie Die Siegerländer Eisenindustrie im Jahre 1908.

Der Berg- und Hüttenmännische Verein zu Siegen erstattet im Heft 31 der Vereinschriften einen umfangreichen Bericht über das Wirtschaftsjahr 1908, dem die Kölnische Volksztg. folgende Angaben entnimmt:

Im allgemeinen wird das Jahr 1908 als ein Jahr des Niedergangs bezeichnet und hinsichtlich des Geschäftsganges zahlenmäßig dargelegt, daß das Siegerländer Großgewerbe besonders hart davon betroffen wurde.

Die Förderung von Eisenstein im Bezirk des Vereins ging von 2 334 413 T. im Werte von 31,6 Millionen Mark im Jahre 1907 auf 1 948 701 T. im Werte von 24,1 Millionen Mark im Jahre 1908 zurück. Dabei mußten die Mitglieder des Eisensteinverkaufsvereins, soweit sie nicht durch eigene Hochofen-Selbstverbraucher waren, bereits im ersten Viertel des Jahres 1908 die Förderung um 10 %, im letzten Viertel um 50 % einschränken. Die Preise gingen von 128—139 M. für Rohstahl im ersten Viertel auf 93—111 M. im letzten Viertel 1908 zurück, für Rohstahl von 170—195 auf 130—158 M., je nach der Beschaffenheit der einzelnen Lieferungen.

Mit dem Beginn des Jahres 1909 waren die Verhältnisse wenig besser, so daß die Einschränkung der Förderung für die erste Hälfte des Jahres 1909 mit 40 % belassen werden mußte.

Einen außergewöhnlichen Rückgang erlebt die Erzeugung von Roheisen im Siegerlande im Berichtsjahr 1908. Sie ging von 740 820 T. im Werte von 57,80 Mill. M. der Herstellung des Jahres 1907 auf 459 560 T. im Werte von 32,75 Mill. M. zurück, also um 37,98 %, in der Menge und sogar um 43,55 % im Werte — 25 Mill. M. Dagegen betrug der Rückgang in der Erzeugung von Stahl ganz Deutschlands nur 9,5 %. Von der Roheisen-Erzeugung wurden im ganzen 132 368 T. oder 28,2 %, im Siegerlande verarbeitet; weitere 62 280 T. sind als Selbstverbrauch der Werke verzeichnet, die außerhalb des Siegerlandes ihre Verarbeitungsfähigkeit haben. Dazu gehören die Wissener Hütten (mit van der Zypen vereinigt), die Marienhütte in Eisfeld (Westfälische Stahlwerke), die Johannishütte Siegen (Menden-Schwarze), und Germaniahütte Grevenbrück (Gussstahlwerk Witten). Die Siemens-Martin-Stahlwerke waren auch genötigt, wenigstens vorübergehend, den Betrieb einzuschränken; sie arbeiten in der Hauptsache für den Selbstverbrauch und liefern nur etwa 15 % des hergestellten Halbzeugs an andere Walz- und Hammerwerke. Von den vorhandenen 16 Martinzen waren 9 dauernd und 2 zeitweise im Betrieb; die Erzeugung betrug 216 786 T. im Werte von 17,99 Mill. M. M. gegen 215,178 T. im Werte von 20,86 Mill. M. in 1907.

Die Buddelwerke sind auch im Jahre 1908 wieder erheblich zurückgegangen; mancher Buddelofen mußte stillgelegt werden, weil die hohen Roheisenpreise die Herstellung von Schweissen so verteuerten, daß das Schweissen durch das billigere Flüssisen immer mehr verdrängt wurde.

Bei den Blechwalzwerken war die Beschäftigung durchaus nicht ausreichend; besonders fehlte es häufig an Aufträgen an Grobblech. Die Preise für Grobblech betrugen am Anfang des Jahres 1908 etwa 115 M. die 1000 M., ab Werk, und gingen allmählich auf 105 M. herunter. Einzelne kosteten anfangs 125 M., am Schluß des Jahres 118—120 M. Diese Preise waren für alle, besonders aber für die „reinen“ Walzwerke, verlustbringend. Letztere waren besonders überdurchschnittlich betriebsaufwändig, denn sie mußten seit dem Anfang des Jahres 1908 dem Stahlwerks-Verbrauch für Material etwa 89 M. frei empfangen. Station, zahlten, während die Mitglieder dieses Verbandes für Stabeisen selbst nur 95—100 M. zahlten. Den „reinen“ Walzwerken blieb also nur eine Spannung von 6—11 M. (Bekanntlich sind infolgedessen verschiedene Stabeisen-Betriebe zur Einstellung gekommen, so daß gegenwärtig nur noch ein „reines“ Walzwerk im eiteren Siegerlande Stabeisen auswaszt). Die Erzeugung der Buddel-, Walz- und Hammerwerke betrug im Jahre 1908 391 539 T. im Werte von 45,76 Mill. M. gegen 415 208 T. im Werte von 55,70 Mill. M. des Jahres 1907.

Die Walzengießereien hatten auch unter dem allgemeinen Rückgang zu leiden. Sie bewegen besonders, daß der Preis für Roheisen im Jahre 1908 zu wenig herabgesetzt, die Brennstoffpreise sogar noch erhöht wurden.

In den Eisengießereien des Bezirks des Vereins wurden 58 149 T. hergestellt im Werte von 9,19 Mill. M. M. gegen 65 700 T. im Werte von 11,15 Mill. M. im Vorjahr 1907.

Von den Maschinenfabriken waren die beiden größeren sehr gut beschäftigt, namentlich durch Aufträge auf Großgasmaschinen Rötingerischen Werken, Gebäudefabriken, und Dampfmaschinen.

Die Dampfkesselfabriken, Eisenkonstruktionswerke und Eisenfertigereien waren durchweg im ersten Teile des Jahres noch befriedigend beschäftigt, auch mit Aufträgen aus der besseren Zeit zu verhältnismäßig lohnenden Preisen. Jedoch sind im Laufe des zweiten Halbjahrs auch für diese Betriebe schlechtere Verhältnisse eingetreten. Die Herstellung der zuletzt genannten Werke belief sich auf 21 086 T. im Werte von 6,71 Mill. M. gegen 22 907 T. im Werte von 7,57 Mill. M. im Jahre 1907.

Streiks- und Lohnbewegungen.

Solingen. Die in unserem Organ wiederholt behandelte Bewegung bei der Firma Mandewirth ist durch eine gegenseitige Vereinbarung beigelegt worden. Die Begleiterscheinungen dieses Streiks lassen es geboten erscheinen, auf den Abschluß der Angelegenheit an dieser Stelle noch etwas näher einzugehen. Die zwischen den drei beteiligten Metallarbeiterorganisationen einerseits und dem Unternehmer Mandewirth andererseits zustande gekommene Vereinbarung hat folgenden Wortlaut:

Vertrag.

Wir den über die Firma Ernst Mandewirth, Solingen, vom Deutschen Metallarbeiterverband, Solinger Industriearbeiterverband und dem christlichen Metallarbeiterverband verhängten Streik aufzuheben, verpflichten sich die Firma Mandewirth nachstehende Bedingungen zu erfüllen:

1. Die Firma erkennt die für sie in Bezug auf münden und geltenden Preisverzeichnisse an und verpflichtet sich, die von ihr ausgestoßenen Arbeiten nach diesem Preisverzeichniss zu bezahlen.

2. Die Firma stellt sämtliche in den Streik getretene Arbeiter wieder ein. Maßregelungen wegen der Beteiligung am Streik finden nicht statt.

Neue Arbeiter werden nur dann eingestellt, wenn die bisherigen Arbeiter die Arbeit der Firma nicht bewältigen können. Eventuell Neingefüllende müssen organisiert sein. Sollte die Firma keine brauchbaren organisierten Arbeiter bekommen, auch nicht durch die Vermittlung der Organisationen, dann können ausnahmsweise nichtorganisierte Arbeiter eingestellt werden. Dafür verspricht die Firma auf diese Arbeiter einzutreten, daß sie sich organisieren.

3. Als Arbeiter, welche die Firma während des Streiks eingestellt hat, werden entlassen. Der Neider Lohbach erhält von der Firma 4 Wochen, der Neider Preußen 3 Wochen und der Schleifer Mülheim 4 Wochen keine Arbeit, auch nach dieser Zeit nicht mehr Arbeit, als sie sonst erhalten hatten.

4. Die Firma zahlt an die obengenannten Verbände für die Differenzen und die verursachten Kosten des Streiks die Summe von 1250 Mark, in Werten Einhundertfünfundzwanzig Mark.

5. Als Garantie für die Durchführung dieses Abkommenes hinterlegt die Firma die Summe von Einhundert Mark, welche den Organisationen verfällt, wenn das Abkommen durchbrochen wird.

Die obengenannten Organisationen verpflichten sich ihrerseits zu Nachstehendem:

1. Nach Unterzeichnung dieses Abkommens wird der Streik sofort aufgehoben.

2. Sobald der Nachweis erbracht ist, daß die Firma Jansen u. Wedt nicht nach den Preisverzeichnissen der Taschen- und Federmeisterbranche bezahlt, gegen diese Firma in derselben Weise vorzugehen, wie gegen die Firma Mandewitz. Sollte das Vorgehen gegen die Firma Jansen u. Wedt ergebnislos sein, so soll eine Regelung dahingehend erfolgen, daß die Firma Mandewitz für die Klappmesser keine höheren Meisterpreise bezahlt, als die Firma Jansen u. Wedt.

3. Es werden Verhandlungen eingeleitet, bezüglich Regelung der Schleifpreise für die großen Klinge.

Solingen, den 21. Juli 1909.
Für die Firma Ernst Mandewitz: gez. Ernst Mandewitz.
Für den Deutschen Metallarbeiterverband:
gez. Paul Paulowitzch

Für den Solinger Industriearbeiterverband:
gez. Robert Böhmer.

Für den christlichen Metallarbeiterverband: gez. F. Blum.

Wie aus den Unterschriften zu ersehen, ist auch unser christl. Metallarbeiterverband als gleichberechtigter Vertragskontinent an dem Abschluß der Bewegung beteiligt. Allerdings mußte er sich diese Anerkennung erst erkämpfen, und zwar — das ist das bezeichnende — nicht vom Unternehmer, sondern von den sozialdemokratischen Organisationen. Die Kultur unseres Verbandes ist mithin von Erfolg begleitet gewesen. Wenn den sozialen Verbänden das Arbeiterelement interessierter wäre, dann wären solche Kämpfe innerhalb der Arbeiterschaft vollständig überflüssig. Hoffentlich werden die sozialen Führer aus dieser Bewegung die nahe liegenden einzigen richtigen Konsequenzen ziehen, d. h. den christlichen Metallarbeiterverband schon von Anfang an als gleichberechtigten Faktor betrachten und demgemäß handeln, dann werden bestätigte Zusammenstöße in Zukunft eher zu vermeiden sein.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Böhm. In der Gießerei der Westfälischen Stahlwerke sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugang von Formern ist fernzuhalten.

Diedenhofen (Roth). Über das Walzwerk der Rombacher Hütte ist die Sperre verhängt.

Danzig. Die hiesigen Klempner, Installateure und Helfer stehen in einer Tarifbewegung.

Dortmund. Wegen Makregelung organisierter Arbeiter ist über das Eisen- und Stahlwerk Höft die Sperre verhängt.

Hamburg. Die Schlosser im Baugewerbe sind ausgesperrt.

Hannover-Linden. Hier stehen die Klempner und Installateure im Streik.

Sollnhofer (Bayern). Die Lithographiestein-Industrien haben sämtliche Arbeiter ausgesperrt. Die Betriebe sind auch für Metallarbeiter gesperrt.

Zugang ist fernzuhalten.

Befreiungsmeldung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. Juli 1909 der achtundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 11. bis 18. Juli fällig.

Die Abrechnung vom 2. Quartal

ist jetzt nach Quartalschluss sofort fertig zu machen und einzufinden. Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß spätestens bis zum 1. August alle Ortsgruppen abgerechnet haben müssen. Jemand welche Entschuldigungen fordern kann für eine spätere Abrechnung nicht geltend gemacht werden. Die Orts-

gruppenvorstände haben dafür zu sorgen, daß die Vertrauensmänner so früh abreisen, daß spätestens vier Wochen nach Quartalschluss die Abrechnung an die Zentrale eingehandelt ist und werden wir diesmal die Ortsgruppen veröffentlichten, die bis zum 1. August Geld und Abrechnung vom 2. Quartal nicht eingehandelt haben.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bremen. War es uns vor kurzem vergönnt, unsern Centralvorsitzenden, Kollegen Bieber, unter uns zu sehen, so wurde uns am Samstag, den 19. Juni die Freude zuteil, auch unsern zweiten Verbandsvorsitzenden, Kollegen Stell in unserer Mitte zu haben. Da er anlässlich des Gewerkschaftsfestes hier in Bremen die Festrede hielt, hat er es sich nicht nehmen lassen, auch in unserer Mitgliederversammlung einen Vortrag über das Thema: „Die Bedeutung der christl. Gewerkschaften im öffentlichen Leben“ zu halten. Redner streifte kurz die Entstehung der christlichen sowie der Gewerkschaften im allgemeinen, gleichzeitig mit der Entwicklung des Wirtschaftslebens. Godann befaßte er sich eingehend mit unsern Gegnern, den Großkapitalisten einerseits und den sozialdemokratischen Verbänden andererseits. Ganz besonders beschäftigte er sich mit den letzteren. In klaren, packenden Worten geißelte er das Verhalten derselben den christlichen Gewerkschaften gegenüber. Es war nur schade, daß uns einige Gewissens mit ihrer Unwesenheit beeindruckt hätten, denn da hätten sie einmal die ungeschminkte Wahrheit hören können. Leider zu schnell waren die Stunden verstrichen und als Redner den Vortrag beendet hatte, erntete er reichen Beifall für seine Ausführungen.

Hierauf setzte eine rege Diskussion ein, an der sich auch Mitglieder anderer Ortsgruppen, die speziell eingeladen waren, beteiligten. Aus den Ausführungen sämtlicher Diskussionsredner war es zu entnehmen, daß es nicht leicht ist, hier in Bremen für die Idee der christlichen Gewerkschaften Boden zu gewinnen. In seinem Schlusswort ermunterte der Referent die anwesenden Kollegen, mit Fleiß und Energie für unsere Bewegung zu arbeiten.

Kollegen von Bremen! Besonders Ihr christlich denkenden, die Ihr den freien Gewerkschaften angeschlossen seid, wie lange noch wollt Ihr Euch dort verspotten und verschonen lassen? Wenn Ihr Eure Überzeugung praktisch verwerten wollt, kann Euer Platz nur im christl. Metallarbeiterverband sein. Aber auch Ihr Kollegen, die Ihr schon unseren Reihen angehört, werdet ab Eurem Zweck; besonders in puncto Versammlungsbesuch muß es entschiedener werben. Nur wenn wir stete Fühlung miteinander haben, können wir erfolgreich arbeiten. Zeigen wir, daß wir ehrlich gewillt sind, unsere Sache vorwärts zu bringen. Dann werden wir auch hier in Bremen, der Hochburg der Sozialdemokratie, uns Bahn brechen. Frisch gewagt, ist halb gewonnen!

Oberschlesien. (Das Erwachen des Gewerkschaftsgedankens.) In kurzer Zeit haben in drei verschiedenen Gebieten eine Anzahl Arbeiter die Arbeit eingestellt, um durch gemeinsames Handeln Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis zu verhüten, resp. Verbesserungen zu erlämpfen. Es hat lange gedauert, und schwieriger, aufreibender Arbeit seitens der Gewerkschaftsfunktionäre bedurfte, ehe auch nur ein geringer Teil dieser so schwer bedrückten Arbeiter an die Möglichkeit einer Verbesserung durch die Gewerkschaften glaubten wollten. Doch der Organisations- und Gewerkschaftsgegner liegt im Zuge der Zeit. Und „Ironie des Schicksals“, die Organisations- und Gewerkschaftsgegner tragen durch ihr Mittel statt zur Verhütung, zur Verwickelung dieses Gebäckens bei. — Die Arbeit im Oberschlesischen

Baugewerbe

steht schon seit einigen Monaten in einer Bewegung um einen neuen Tarif. Die Arbeiter verlangen für den neuen Tarif eine Lohn erhöhung von 40 auf 45 Pfennig die Stunde. Die Arbeitgeber lehnen jede Forderung auf Lohn erhöhung ab, erneuern aber die Notwendigkeit einer Lohn erhöhung durchaus an. Durch die Anerkennung haben die Arbeitgeber über ihren ablehnenden Standpunkt in der Lohnfrage das Urteil gefasst. Alle südlichen Mittel zur Ersledigung dieser Frage sind erschöpft. Die Arbeiter haben die notwendigen Konsequenzen gezogen. Der Kleinstieg hat begonnen mit den Arbeitsniederlegung auf den Bauten mehrerer Unternehmer. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat als Gegenmaßnahme die Aussperrung sämtlicher Arbeiter für den 10. Juli angedroht, sofern bis zum Freitag die auständigen Arbeiter die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, und Garantie geboten ist, daß über keinen Arbeitgeber die Sperre verhängt wird. Die Arbeiter sehen der Aussperrung ruhig entgegen. In den in den letzten Wochen abgehaltenen Versammlungen, welche außergewöhnlich stark besucht waren, herrschte bei allen Arbeitern würdige Begeisterung für ihre Sache.

Eisenindustrie

In der Großeisenindustrie, und mit dieser haben wir es in Oberschlesien fast ausschließlich zu tun, ist aus bekannten Gründen die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation mit den denkbaren größten Schwierigkeiten verbunden. Die gewaltige Kapitalmacht der Werke, die weitgehende Arbeitsteilung, die schwere und aufreibende Tätigkeit, die bei jeder Schicht fast bis zur höchsten Erschöpfung der Kräfte führt, die Neben- und Unterordnung der Arbeiter in den einzelnen Betriebsabteilungen, erste, zweite, dritte Männer usw., die mühsamen Lohnverhältnisse, wodurch besonders die oberschlesische Eisenindustrie ungemeinlich belastet geworden ist, das Wohnen in den Bergstädten und vieles andere mehr. Zu diesem kommt dann noch die Anwendung der niedrigsten und ganz ungesehenswerten Mittel bei jeder Gelegenheit, wo auch nur das geringste zur Besserung der Lage der Arbeiter, ganz gleich von welcher Seite, unterkommen wird. Doch auch für die Beherrschung der Großeisenindustrie in Oberschlesien gilt das Wort: „Eine Sünde hat zweitens Macht“. Wer glaubt, daß hier alles auf die Dauer so bleibt, wird, wie es heute ist, dürfte vielleicht schon in den nächsten

5 bis 10 Jahren eines anderen belebt werden. Schon die vorschreitende und die folgenden Entwicklungen machen einem dieser an die absolute Macht des Kapitals und dessen glaubenden Magnatentum unangenehm über raspt haben.

Wie bereits in der vorigen Nummer unseres Organs berichtet wurde, haben 700 Metallarbeiter auf der Aktien-Eisenindustrie-Gesellschaft in Gleiwitz, Obersch., am 14. Juni die Arbeit niedergelegt. Schon in den ersten Tagen sind von diesen 700 Streikenden 450 wieder zur Arbeit zurückgekehrt. Die andern 250 sind jedoch bereit, unter feinen Umständen eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis ihnen der höhere Lohn garantiert wird. Mit einer Entschlossenheit führen diese 250 Arbeiter den Kampf, wie man das sonst bei den schwer arbeitenden oberschlesischen Arbeitern nie gewohnt war und wie nun eine solche überzeugt, daß, wenn sich einmal die Erkenntnis bei den oberschlesischen Arbeitern durchdringen hat, daß sie durch gemeinsames Handeln etwas erreichen können, erneut werden, auf sie Verlaß ist. Den Ausgang dieses Kämpfes müssen wir allerdings abwarten. Ohne Erfolg ist die Weiterentwicklung der Gewerkschaftsbewegung ist er auf keinen Fall. Dass die Lohnkürzung unberechtigt und auch unverantwortlich ist, wird noch an anderer Stelle nachgewiesen werden.

Bergbau

Karlsruhe hatte die Tagesspreche die Mitternacht über die Arbeitsniederlegung der Arbeiter bei der Aktien-Eisenindustrie-Gesellschaft gebracht, da kam auch schon die Nachricht, daß 400 Bergarbeiter der Brodergrube, dem Fürsten v. Pless gehörig, die Arbeit eingestellt hatten. Ebenfalls wegen angekündigter Lohnkürzungen. Trotzdem auch diesen Streik nur die Dauer von Stunden prophezeit wurde, harrten die 400 Arbeiter weiter aus im Kampfe. Die Arbeiter erklärten, unter keinen Umständen die Arbeit eher aufzunehmen zu wollen, bis die angekündigten Lohnkürzungen zurückgenommen sind. Auch auf den Ausgang dieses Kampfes kann man gespannt sein.

Die erste Frage, die sich dem Interessenten oberschlesischer Verhältnisse angesichts dieser Vorankündigung aufdrängt ist die, wie ist es möglich, daß Arbeiter, die sonst jedes Ungerechtigkeit, jede Verschlechterung, auch die stärkste stillschweigend, wenn auch innerlich aufs äußerste erregt, hinnehmen, die sonst sich kaum getrauten, am Werktag ein Flugblatt oder einen Einladungsbrief zu einer Versammlung anzunehmen, die sich nur wie Verbrecher in entlegene Lokale zu den Arbeiterversammlungen schlichen, die scheinbar so zufrieden mit ihren Werksverwaltungen waren, die noch jedem „Hochgeboren“ die Hand läßt, auf einmal einen solchen Mut zur Arbeitsniederlegung zeigen und mit dieser zusätzliche im Kampfe aushalten?

Die Antwort ist nicht schwer zu geben. Das Maß der Ungerechtigkeit, der Bedrückung ist eben voll. Die Grenze des menschlich Ertragbaren ist überschritten. Eine Menge Streikender, die wir befragten, erklärten einer wie der andere: „Wir können nicht mehr.“ Seit Jahren leben wir mit unseren Familien Not und Elend. Mithunger gingen wir zur Arbeit, mit Hunger haben wir gearbeitet, und mit Hunger legten wir uns schlafen. Und so unsere ganze Familie. Alles, was mit zum Leben unbedingt haben müssen, steigt im Preise, die Lebensmittel, Wohnung, Kleidung usw. Jetzt soll auch noch eine Lohnkürzung von 2—10 Prozent vorgenommen werden. Das ist zuviel.“

Ja, es ist wirklich zuviel. Wer will bestreiten, daß die Arbeiter im Recht sind? Es hämmert im dunkelsten Industriegebiet Deutschlands. Die Wirkungen dieser Bewegungen zeigen sich schon auf der ganzen Linie. Wo sonst die Versammlungen, selbst bei stärkster Agitation, nur schwachen Besuch aufzuweisen hatten, war eine Menge Versammlungen der letzten Wochen außerhalb Gleiwitz überhaupt stark besucht. Wo sonst die Aussführungen der Versammlungsredner nur selten Wohl fanden, so ist es jetzt anders geworden. Auch in der Hausagitation zeigt sich diese günstige Wendung. Die Erhöhung bricht sich auch bei den Frauen Bahn. Man glaubt jetzt wenigstens an die Möglichkeit einer Besserung.

Es ist Streikstimmung. Die Begeisterung von Massen, die Jahrzehnte hindurch unter einem ungeheueren Druck gesessen haben und sich nun einer besseren Zeit nähern, ist mit ungeahnter Stärke und Breite gewachsen. Sie werden sich in ihren Hoffnungen vielleicht noch oft gefäuscht sehen. Und wir, die wir die Geschichte der Arbeiterbewegung kennen, einen Teil derselben mit durchlebt und die Leiden und Mühen am eigenen Leibe erfahren haben, sind weit davon entfernt, die Bedeutung dieser Stimmung für die Weiterentwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu überschätzen; doch immerhin: „In Sinnen und Sehnen hämmert oft das Tageslicht der Tat. Erquickend, erwärmt, belebend wirkte nach der Künsteris zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf das deutsche Volk das Frührot der Freiheitsdichtung“. In Sinnen und Sehnen der Arbeiterschaft nach Freiheit und Anerkennung, nach Teilnahme an der durch ihre opfervolle Arbeit mitgeschaffenen Kultur zum Zwecke verdeckter Lebenshaltung liegt, das hoffen wir, ja davon sind wir überzeugt, der Anfang und die Kraft der Verwirrung. Das hoffen wir für die gesamte Arbeiterschaft, auch für die oberschlesische. Darum messen wir auch den jetzigen Vorgängen Bedeutung bei. Die jetzigen Streiks sind die Folgen einer tiefgehenden Verbitterung. Mit dieser Verbitterung ist aber auch gleichzeitig verbunden das Schenken und Sinnen nach Freiheit und Gerechtigkeit.

Mögen nun recht viele der oberschlesischen Arbeiter den Weg zu den christlichen Gewerkschaften finden. Je eher, um so besser für sie selbst. Mögen es viele sein, die den christlichen Gewerkschaftsgedanken in sich aufzunehmen, ihn in seiner Tiefe und Weite erfassen. Den Gedanken, der klar ist in der Erkenntnis von Freiheit und Mitteln, frei von allen utopistischen und schwärmerischen Illusionen. Den Gedanken, der klar sieht in der Beurteilung der Menschen, der klar sieht in der Abwägung der Bedeutung der Bewegung für die Arbeiter und die Stützpunktedevelopment der Zukunft. Nicht nur die starke Organisation, die starken Gewerkschaftsräte, sondern auch

det Geist, der für die Bewegung herrscht, wird mitentscheidend sein für die Verwirklichung dessen, was unser Sehnen und Sinnen ist. Ja, vielleicht hängt die Gestaltung unseres Schicksals zum größten Teile davon ab. In diesem Zusammenhange sei auch noch auf folgendes hingewiesen und zwar, daß auch die Ehre aus vorstehend geschilderten gezogen werden muß, daß nicht durch Klim-Bim und Hurrageschrei unser Ziel erreicht werden kann. Das gilt für Oberschlesien, nicht minder aber auch für manch anderen Ort. Das gilt aber auch für die ganze Organisationsrichtung, die den Klim-Bim, das Festesieern, Einrichtung von Musikklassen und Fahnenbeschaffung — wir brauchen sie nicht zu nennen, denn sie ist schon sattsam genug bekannt — zu ihren Hauptaufgaben zählt und allem Anschein nach als gewerkschaftliche Notwendigkeiten betrachtet. Sie hat den gewerkschaftlichen Geist schon genug verwässert und dadurch das wirtschaftliche Wohl der Arbeiterschaft in unverantwortlicher Weise geschädigt.

Göllten nun auch die jetzigen Streiks ohne direkten Erfolg für die Arbeiter enden, einen indirekten Erfolg haben sie auf jeden Fall. Wo Schlachten geschlagen werden, gehen Schlachten verloren. Das darf nicht mutlos machen. Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts hat bewiesen, daß die Lage der Arbeiter durch die gewerkschaftlichen Kämpfe gebessert worden ist. Man betrachte nur die Tarifvertragsentwicklung. Sind auch heute im Bergbau und Großisenindustrie noch keine Tarifverträge vorhanden. Die Zukunft wird sie uns auch für diese bringen. Aber nur durch die gewerkschaftliche Organisation und Kämpfe. Die wirtschaftliche Bewormundung der Arbeiter durch die Arbeitgeber wird einmal ein Ende nehmen und hoffentlich in nicht allzu ferner Zeit. Die Selbstherrscher und Gegner der heutigen Arbeiterbewegung werden sich mit der Entwicklung über Kurz oder lang aussöhnen und den Gewerkschaften das Mitbestimmungsrecht einräumen müssen. Auch die jetzt noch unbeschränkten Herrscher in der oberschlesischen Großindustrie. Mögen sie aus Gegnern Freunde der Gewerkschaften werden. Auch im Kampfe ist unser Biegel der Frieden. Aber keinen Kirchhofsfrieden wollen wir, auch keinen nur von einer Seite dictierten, sondern einen Frieden, der basiert auf der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter. Das haben wir oft ausgesprochen und werden es noch oft wiederholen. Einen Frieden nach dem Grundsatz: „Friedem das Seine.“ Und nicht eher ruhen wir, bis dieses Biegel erreicht sein wird.

Schiffbau. Seit etwa 2 Jahren bestudet sich in Schiffbau, dicht bei der Handelsmetropole Hamburg, eine Zinkhütte, die zur Zeit 180 Personen beschäftigt. Außer einem kleinen Walzwerk kannte man früher in der Gegend wenig Montanindustrie, so daß die Arbeiterfamilie auf jungen großen Hoffnungen auf die Zinkhütte setzte. Anfangs waren die Verhältnisse auch ziemlich einwandfrei. Aber so allmählich hat sich jetzt das reinste Straßensystem herausgebildet, so daß nur durch steten Zugzug vom Ausland das Werk seine Arbeitskräfte erneuert und auswechselt kann.

Da die Betriebsleitung mit schroffen Mitteln gegen jede Organisationsbestrebungen vorgeht, ist es nur zu begreiflich, daß eine gewisse Furcht unter der Arbeiterschaft vorhanden ist, die aber trotz aller Mühen der Betriebsverwaltung nicht ewig dauern wird. Allmählich sickert auch hier der Gewerkschaftsgedanke durch, besonders dann, wenn sogenannte „tolide Streiks“ mit Leichtigkeit von der Fabrikleitung abgewehrt werden können und dann die Arbeiter zur Vernunft kommen.

Eine Anzahl der Arbeiter sind schon seit einiger Zeit unseres christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen, da die betr. Kollegen endlich eingesehen haben, daß nur durch eine leistungsfähige Organisation den Mißständen wirkungsvoll entgegen getreten werden kann. Nun hat die Werksverwaltung aber weitere Gewaltmaßregeln zur Anwendung gebracht, um die Organisation niederzuhalten.

Eine am 15. Juni stattgesfundene Zinshüttenarbeiter-Sammlung, zu welcher vom Bezirksleiter Kollege Hartmann-Hamburg das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Zinshüttenarbeiter und wie können wir dieselbe verbessern?“ behandelt wurde, hatte einen guten Besuch aufzuweisen, trotzdem her Betriebsleiter R. . . . I Stunde vorher seine „Sendlinge“ herumschickte mit dem Befehl: „Wer die Versammlung besucht, wird die Folgen zu tragen haben.“ — Am andern Morgen wurde in Wirklichkeit mehreren Versammlungsbesuchern vom Betriebsleiter „empfohlen“, am besten sogleich die Papiere in Empfang zu nehmen, was dann auch prompt geschah. Denn verlieren können die Arbeiter dieser Hütte nichts, solche „Kultur“-Zustände sind jedenfalls noch überall anzutreffen. So aber achtet die Verwaltung der Zinshütte das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht der Arbeiter.

In der Versammlung selbst herrschte ein guter Geist und berechtigt zu der Hoffnung, daß allmählich der Organisationsgedanke dennoch zum Siege gelangt. Durch eine Anzahl Neuerufnahmen wurde dies deutlich bewiesen. Nun gilt es, die Kollegen zu festigen und zu schulen, dann wird und muß es uns gelingen, auch in Schiffbedi gebrachte Zustände für die Zinshüttenarbeiter zu erringen. Treues Festhalten am Verband und Gewinnung der noch fernstehenden Arbeitskollegen soll unsere Patole sein.

Schweinfurt. Seit einigen Monaten geht es in der hiesigen Arbeiterschaft, besonders soweit dieselbe in den Präzisions-Mugellager-Werken der Firma Fichtel und Sachs beschäftigt ist, vielfach wurde gefragt, daß die Firma ältere Arbeiter entlässe und neue Arbeitskräfte vom Land einstelle, oder auch die männlichen durch weibliche Arbeitskräfte ersetze. Während es früher keine Arbeiterinnen in dem Betrieb gab, sind solche zur Zeit gegen 200 beschäftigt. Beunruhigend wirkt zudem auch die Aufordrungsbestätigungen und teilweise schändliche Behandlung der Arbeiterschaft durch einzelne Meister. Mancher Arbeiter bekam eine andere Arbeit in die Hand, welche ihm den früheren Verdienst nicht ermöglichte.

Diese und andere Verhältnisse machte sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband zur Grundlage von Forderungen, welche in einer mittelmäßig besuchten Versammlung akzeptiert und sodann der Firma unterbreitet wurden. Die Firma lehnte es ab mit ziffernhaften

unterhandeln, worauf die Forderungen von Arbeiterausschusssmitgliedern gestellt wurden. In gleicher Zeit sind dann einiger sozialdemokratische Gewerkschaftler, darunter zwei Arbeiterausschusssmitglieder, gemahregt worden. Letztere Maßnahme sei willkürlich durch zwei Meister erfolgt.

Diese Situation war nun Gegenstand einer öffentlichen von sozialdemokratischer Seite aus etablierter Volksversammlung am 22. Juni. Vor der Versammlung fanden nachmittags zwischen Firma und Arbeiterausschuss Verhandlungen statt. Für die Stunbenshöhe, die zum nicht geringen Teile als ungewöhnlich bezeichnet werden müssen, wurde Erhöhung zugesagt nach Maßgabe der Leistungen, die bestehenden Akkordsätze sollten bis 1. Oktober 1910 keine Verschlechterung erfahren, soweit keine technischen Neuerungen eintreten. Das hierüber abgesetzte Protokoll hatte verschiedene Klauseln zu Ungunsten der Arbeiterschaft und wurde aber nur auf den Rücken der Arbeiterschaft und wurde aber nur auf den Rücken des Arbeiterausschusses unterschrieben werden. Dieser spärliche Erfolg, soweit überhaupt von letzterem die Rede sein kann, ist leicht erklärlich in Abelicht eines großen Teils unorganisierter Arbeiter.

In genannter Versammlung herrschte zwar eine große Spannung, aber die massenhaft herbeigeeilten Arbeiter kamen nicht auf ihre Rechnung. In entsprechenden Plakaten war die Sperre über die Freiheit ausgesprochen, auch der scharfe Ton der Versammlungsentschließungen ließ eine weitgehende Kriegsbereitschaft schließen. Die Plakate bezüglich der Sperre wurden inzwischen entfernt und der Referent richtete seine zahmen Angriffe lediglich gegen die Meister. Die Entlassenen sollten auch Fabrikationsgeheimnisse, sogar Zeichnungen zu gleichem Zwecke preisgeben haben, weshalb die Wiedereinstellung verweiger wurde. Der Verdacht (Preisgabe der Fabrikationsgeheimnisse) wurde bestritten. Der zweite Referent (2. Hauptvorstehender) Reichel aus Stuttgart, erging sich in Rechtsbelehrungen, welche die Versammlung gelangweilt über sich ergehen ließ. Er bezeichnete das Vorgehen der Freiheit als ungeeignet zum dauernden Frieden. Der später angewandte Ausdruck „wie Klassenträger“ passte allerdings schlecht hierzu. Als Klasse für Kämpfer darf man doch keinen dauernden Frieden mit dem Unternehmertum befürworten!

Solche Konrad-Nürnberg wies auf die Notwendigkeit der Organisation hin, da ja heute jedermann Gelegenheit geboten sei, sich seiner Ansicht entsprechend zu organisieren. Die christlichen Gewerkschaften kämpfen um das Koalitionsrecht, um Arbeiterechte mindestens ebenso energisch wie jede andere Richtung, und bringen die gleichen Opfer wie die älteren Richtungen. Solange ein Großteil der Arbeiter außerhalb der Organisation steht, sei es nicht zu verwundern, wenn die Metallindustriellen Verhandlungen mit den „Ausgeniedigenden“ ablehnen. Eine gut organisierte Arbeiterschaft biete die beste Gewähr für Arbeiterechte.

Interessant war das Schlusswort des sozialdemokratischen Beamten Gasteiger insoweit, als er aus dem Protokollbuch ihrer Schweinfurter Ortsverwaltung eine Stelle aus dem Jahr 1904 zitierte, wonach der damalige Bevölkerungsmeister in einer Mitgliederversammlung unter anderem gesagt habe: es sei notwendig, Licht in die Köpfe der Arbeiter zu bringen, um die gewerbliche Erkenntnis zu steigern usw. Der jelsee Genoss habe nun als Meister eigenmächtig seinen ehemaligen Genossen gemahngestellt. Besser konnte die sozialdemokratische Erziehungs-Methode nicht gekennzeichnet werden.

Die Arbeiterschaft erkennt daraus, wo die größten Scharfmacher und Machregler sitzen. Aufgabe unserer Kollegen ist es nun, durch Stärkung unserer Reihen dafür zu sorgen, daß künftig der christliche Metallarbeiterverband auch in Schweinfurt als wichtige Interessenvertretung zur Geltung kommt und seine Stimme nachhaltiger mit in die Wagschale werfen kann.

Eisen- und Stahlwerke" bestehen zwei Arbeitswilligen-Almosenvereine. Letzthin sind die Brämien auf die "freiwillige" Rechtlosigkeit wieder verteilt worden. Statt 20 Mark, wie im vorigen Jahre, gab es dieses Jahr nur 17. Mark. Unter folgendem unterschriftlichen Beleutnis gesahh die Auszahlung:

Böllingen im Mai 1909.
Die Kasse der Möhlingschen Eisen- und Stahlwerke Böllingen wird hierdurch angewiesen, aus ihrer Verfügung an unser Mitglied R. M. den vorgenannten Betrag zu unseren Kosten aufzuzahlen.

Friedrich. Eisenbarth. Näher.
Der andere Almosenverein heißt: Hüttenverein „Stahl und Eisen“ in Böllingen. Dessen Vorstand sieht sich zusammen aus den Herren:
Theis. Bleif. Kohl.
Am 18. Juli feiern diese Freundschaftsfeier des Vereins; es soll an diesem Tage in Böllingen eine große Schaustellung aller gelben Hüttenmänner stattfinden. In St. Ingbert ist kein gelber Verein. Um nun bei dieser herrlichen Gelegenheit auch beteiligt zu sein, läßt die Hütte auf ihre Kosten 200 Arbeiter nach Böllingen fahren. So wird es gemacht, um die Hüttenleute am Narrenzell zu halten. Der Dohn steht dabei heute so niedrig wie nie zuvor, das sind die „freiwilligen“ Hüttenbeiträge. Am 18. Juli verlaufen die Böllinger Gelben ihre wichtige Freiheit und die Burbacher Hüttenmeister lassen sich pro Fahrt 150 000 Mtl. als Almosen schenken und damit über eine halbe Milliarde Mark zu

Aus den fiktalischen Bleihütten am Harz.

Des öfteren schon müssten wir zu unserm Verbandsorgan auf die unbefriedigenden Verhältnisse Kunden sozialischen Blei- und Silberhütten hinweisen, wie sie am Harz leider noch bestehen. Trotzdem schon erhebliche Verbesserungen durch das Eingreifen des christlichen Metallarbeiterverbandes herbeigeführt worden sind, so muß es leider gesagt werden, manche Zustände bedürfen noch sehr der Aenderung und Verbesserung.

Heute wollen wir mal einen Vortag beleuchten, der so recht geeignet ist, ein Streiflicht auf die bestehenden Verhältnisse zu werfen. Die Hütten zu Ober, Aßfeld und Langelsheim gehören ihrer geographischen Lage nach zum Staate Braunschweig. Der augenblicklich regierende Fürst in diesem Bundesstaat ist der Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, der sich redlich bemüht, die Verhältnisse im dem seiner Regenschaft unterstehendem Herzogtum kennenzulernen. Am Sonntag den 13. Juni kam er denn auch in den Kreis Gandersheim, wo er mehrere Ortschaften besuchte, unter anderen war er auch in Aßfeld und Langelsheim. Auf der fiskalischen Sophienhütte hatten die Belegschaften der Juliushütte und der Sophienhütte, soweit sie dienstfrei waren, Aufstellung genommen, um ihren Landesherrn zu begrüßen.

Dagegen wollen wir nun nichts sagen, denn unsere Hüttenleute, besonders die Braunschweiger, sind gute Patrioten und stolz auf ihren angestammten Fürsten und sein Haus, waren es doch Herzöge von Braunschweig, die in früheren Jahrhunderten die obengenannten Hütten geplündert und eingerichtet haben. Nur eins haben wir vermisst bei dieser Vorstellung: Man hätte auch die Witwen und Waisen, die ihren Ernährer infolge der gesundheitsgefährlichen und vergiftenden Arbeit verloren haben, den Herzog-Regenten vorstellen sollen, wahrscheinlich wäre dann manchem Herrn in der Begleitung des Herzogs doch wohl etwas eigen zumute geworden. Entfallen doch jetzt allein auf die Füllushütte 65 Witwen bei r und 200 Männer Belegschaft, wahrlich eine erschrecklich hohe Zahl, die ständig noch größer wird; der Zoll fällt unter den Hüttenleuten reiche Cratel

Gar verschieden sind die Geiverbefreitheiten, an denen die Hüttenleute sterben. Die meisten Todesfälle sind aber wohl mit aller Bestimmtheit auf die vergiftende Bleiarbeit zurückzuführen. Zu verhältnismäßig jungen Jahren müssen unsere Kollegen aus den Hüttenwerken vom Schaublitz ihres Wirkens abtreten! Worauf das zurückzuführen ist, soll kurz hier dargelegt werden. Durch das Vorgehen des christlichen Metallarbeiterverbandes veranlaßt, wurde im Jahre 1905 durch Bundesratsbeschuß in Blei- und Zinshütten die achtstündige Arbeitszeit gesetzlich eingeführt zu einer Zeit, als man am Harz selbst unsern Verband noch nicht mal dem Rauten naugannte. Die Gesetzgebung wollte also das Los dieser Hüttenarbeiter dadurch erleichtern, daß sie nur acht Stunden täglich in den giftgeschwängerten Hütten beschäftigt werden durften, anstatt sonst 12 Stunden möglicher Arbeitszeit.

Was machten aber nun die Vertreter desselben Staates, der den Hüttenleuten zum bessern Schutz für Leben und Gesundheit die Arbeitszeit verkürzte? Die fiskalischen Wertsteigerungen halfen sich, indem sie dafür Arbeitskräfte sparten. Wo sonst drei Männer beschäftigt waren, wurde ein Mann weggenommen, sodass die Leute für die verkürzte Arbeitszeit wieder viel Arbeit mehr leisten mussten. Ob dieser Weg dem Willen des Gesetzgebers entsprach, möchten wir sehr kaum sagen, aber es ist leider geschehen.

Nun sollte man aber doch unter solchen Umständen erwarten dürfen, daß den Hüttenleuten vor kommendenfalls wenigstens ärztliche Hilfe schnell zur Seite stände. Wie es sich aber damit in Wirklichkeit verhält, zeigt folgender Fall: Am Montag den 10. Mai erkrankte in Astfeld ein Arbeiter aus der Schmelzhütte plötzlich an Magenkrämpfen. Da bei dem Bleikolleg sich auch zunächst heftige Magenschmerzeninstellen, so konnte man auch hier nicht wissen, was dem Kollegen fehlte, und ein Arbeitskollege fuhr mit einem Fahrrad nach Langelsheim, um schnell einen der beiden dort ansässigen Ärzte zu holen. Der Arzt erklärte aber dem Kollegen, er dürfe nicht mitkommen, weil der Berat hat es ihm v e r b o t e n habe!

Bum besseren Verständnis dieser affallenden Tat-
ache sei folgendes bemerkt: Die Belegschaft der Go-
shienhütte zu Langelsheim hat Herrn Dr. Hille dort-
selbst zum Kassenarzt, während die Belegschaft der
Juliushütte bei Astfeld einen Arzt aus Goslar zum
Kassenarzt hat. Nun blieb also nichts anderes übrig,
als nach Goslar zu fahren und den dortigen Kassen-
arzt herbeizuholen. Mittlerweile wurde es 7 Uhr
abends, bis der Arzt zur Stelle sein könnte. Also
zöhdem der Arzt aus Langelsheim Kassenarzt der
elben Krankenkasse ist, durfte er nicht mit nach dem
erkrankten Hüttenmann kommen. Das sind doch wirka-
lich unhaltbare Zustände, denn ebenso gut hätte die
löbliche Erkrankung gefährlicher Natur sein können.
Dort hätte dann die Schuld an dem zu späten Er-
eilen. Sie? Arzte? astrea?

Ein anderer Fall. Am 29. Mai mußte der Patient wegen Urtikaria zu Hause bleiben.

Der Arzt sprach von Gemütskrankheit. Die Familie wollte noch einen zweiten Arzt ziehen, aber ein Arzt aus Langelsheim sowohl wie ein Stabsarzt aus Goslar erklärten, wenn der Patient zu Ihnen kommen könnte, wollten sie ihn untersuchen, ohne die Zustimmung des behandelnden Arztes durften sie nicht eingreifen. Nach genauer Untersuchung stellte der behandelnde Arzt dann Gehirnentzündung fest. Am 12. Juni wurde der Kollege bereits zu Grabe getragen. Es ist daher dringend geboten, daß seitens des Kassenvorstandes dafür gesorgt wird, denartigen Zuständen ein Ende zu machen.

Vor einigen Monaten wurde in Versammlungen jettens unserer Bezirksleitung die Sache angeschritten und zu Anträgen verdichtet. Dann wurden diesbezügliche Eingaben gemacht, aber die Hauptförderung, eine befürchtete freie Arztwahl einzuführen, wurde abgelehnt, während einige Anträge von untergeordneter Bedeutung angenommen wurden.

Der wunde Punkt ist aber der, daß eine Anzahl Kameraden der Organisation fernstehen, wenn auch in letzter Zeit eine Anzahl Kollegen dem Werkverein den Rücken gekehrt haben und wieder vereint mit den übrigen an der Errichtung besserer Verhältnisse mitarbeiten wollen, so genügt das noch nicht. Immer wieder muß den noch fernstehenden Kollegen zugrufen werden, nun endlich die Gleichgültigkeit abzulegen; die wirklich traurigen Verhältnisse, die hier geschildert sind, sollten auch dem letzten Hüttenmann endlich die Augen öffnen. Aufgabe der organisierten Hüttenleute muß es daher sein, mit allen Kräften am Ausbau ihrer Organisation, des christlichen Metallarbeiterverbandes, mitzuwirken, damit auch dem Hüttenamt in den fiskalischen Werken in Bezug auf Leben und Gesundheit die größtmögliche Sicherheit geboten wird.

W. B.

Soziale Rechtsprechung

Warnung vor Zugang gesetzlich erlaubt.

Das Ende eines langwierigen Prozesses.

Die Westfälischen Stanz- und Emaillierwerke in Ahlen i. W. hatten bekanntlich gegen die Veröffentlichung des Spezialberichts über genannte Firma in unserm Organ eine Klage auf Unzulässigkeit angestrengt und im Herbst 1907 eine sofort vorläufige Gerichtsentscheidung des Landgerichts Duisburg erwirkt, wonach es dem Redakteur unserer Zeitung bei einer Strafe von 50 Mark für jeden Wiederholungsfall unterstellt wurde, den Spezialbericht weiter zu veröffentlichen. Unser Redakteur legte gegen diese Gerichtsentscheidung sofort Protest ein und beantragte vom Gericht Abweisung der Klage, da die Warnung vor Zugang weder gegen die guten Sitten verstößt noch gesetzlich unerlaubt, sondern eine notwendige und erlaubte Waffe des Arbeiters im wirtschaftlichen Kampfe sei.

In diesem Sinne entschied dann auch das Landgericht Duisburg laut Urteil vom 17. Dezember 1908. (Siehe den Wortlaut des Urteils und dessen Begründung in Nr. 6, Jahrgang 1909 dieser Zeitung). In der Urteilsbegründung ist gesagt, daß in der Fernhaltung des Zugangs ein im gewerblichen Konkurrenz nicht unzulässiges Mittel zu erblicken sei und einer Veröffentlichung dieser Warnung im Verbandsorgan rechtliche Bedenken nicht entgegen stehen. Die erheblichen Kosten des langwierigen Prozesses waren der Plägerin aufgebürdet.

Gegen dieses Urteil legten die Vertreter der Westfälischen Stanz- und Emaillierwerke dann Revision am Oberlandesgericht in Düsseldorf ein. Nach mehrmaligen angelegten aber nicht stattgefundenen Verhandlungsterminen ist die Revision jetzt zurückgezogen worden, wie uns von unserem Rechtsvertreter mitgeteilt wird. Das Urteil des Landgerichts Duisburg ist somit rechtskräftig geworden.

Damit ist, so frieben wir schon in Nr. 6 unserer Zeitung im Anschluß an den Wortlaut des Urteils, ein langandauernder Kampf zwischen der Direktion der Westfälischen Stanz- und Emaillierwerke Ahlen i. W. und unserem Verband endlich zum Abschluß gelangt. Er ist in allen Phasen zu Ungunsten der angreifenden Firma verlaufen. Ihre Absicht, den Verband in Ahlen i. W. zu unterdrücken, ist vollständig gescheitert. In dem gegen unsern verantwortlichen Redakteur angestrebter Bekleidungsprozeß ist sie abgeschlagen und den nun beendigten Rechtsstreit hat sie ebenfalls verloren. Als Sühne muß sie die nicht unerheblichen Kosten des Prozesses tragen. Wenn sie und auch andere Unternehmer daraus lernen, daß es viel besser ist, die Rechte der Arbeiter zu respektieren, und die Gewerkschaften anzuerkennen, so ist auch die Kampf nicht vergeblich geführt worden.

Opfer der Arbeit.

Altena. Einen schrecklichen Tod erlitt am 16. Juni ein Drahtzieher in der Bierbacher Fabrik i. an Leinestein. Er kam dem Großzug zu nahe und wurde von ihm erfaßt. Niemand war in der Lage zu eilen vermöchte, war er zermürbt.

Braunschweig. Ein schreckliches Unglück ereignete sich am 16. Juni in der Gießerei von Amme, Gießerei und Montage. Beim Transport eines Wagens durch ein Rad und die nach einer Seite um-

stürzende Last begrub fünf Arbeiter unter sich. Einer der lebensgefährlich Verletzten starb noch am selben Tage. Das Unglück hätte nach Ansicht der Arbeiter vermieden werden können, wenn der Wagen nicht weit über's Maß belastet worden wäre.

Hattingen. In der Gusseizerei der Heinrichshütte kam der Arbeiter Wellen am 28. Juni bei der Montage eines Glühofens unter ein Blech und wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Duisburg-Großenbaum. In der Sonnabend vom 27. Juni verunglückte auf den Hahnischen Werken ein Arbeiter von 28 Jahren durch überrollten glühenden Teeres. Den erlittenen schweren Brandwunden erlag er mehrere Stunden nachher. Der Bedauernswerte war der Hauptnährer seiner Mutter, einer Witwe.

Geisweid. Am Sonnabend den 12. Juni ereignete sich auf dem Geisweider Eisenwerk ein schrecklicher Unglücksfall, wobei der Kollege Robert Rosenkranz aus Siegen sein Leben einbüßte. Der Genannte, der ein Stück Blech von 2 Meter Länge und ebensolcher Breite auf den Rüden trug, wollte die Gleise überschreiten. In demselben Augenblick kam eine Rangiermaschine mit mehreren Wagen heranfahren. Der Unglücksliche wurde von verschiedenen erfaßt und so zugerichtet, daß er in wenigen Augenblicken eine Leiche war. Es ist dies in diesem Jahre bereits der vierte Unglücksfall mit tödlichem Ausgang, der sich auf dem Geisweider Eisenwerk ereignet hat.

Kall. Im Werke Humboldt verunglückte am 25. v. Mts. der Hobler W. durch einen Sturz vom Laufstahl tödlich. Dieses Unglück ist hauptsächlich auf die Übertriebene Sparsamkeit der Betriebsleitung zurückzuführen, da keine eigenen Stahlführer in genügender Zahl vorhanden sind, anderseits aber auch auf das Fehlen geeigneter Schutzwirkungen. Der Mann mußte in Mangelung eines eigenen Führers den Krähnen selbst bedienen, wurde von einem Unwohlsein befallen und fiel, weil an den Schutzgeländern ein Stab fehlte, durch und so unglücklich auf einen Formlasten, daß er sich einen Bruch der Wirbelsäule zuzog. Dieser Fall mag der Arbeiterschaft zur Warnung dienen, daß sie nicht eher ruht, bis überall die vorgeschriebenen Maßregeln zum Schutz der Arbeiter getroffen und die vorhandenen Schutzwirkungen auch in wirklich gebräuchsfähigen Zustande erhalten werden.

Geldeingänge an der Hauptkasse.

Monat Juni

Fastau 100. Markt-Redwitz 17,25. Legnitz 6,73. Erkelenz 145,37. Marktlich 23,34. Bochum 300. Speyer 41,29. Salze 129,95. Herlohn 342,15. Düsseldorf 1129,80. Gelsenkirchen 400. Brand 70. Konstanz 82,95. Berlin 361,62. Oster 200. Eßlingen 90. Gütersloh 150. Bremen 200. Saarbrücken 659,47. Röhn 3,25. Lippstadt 300. Biersen 100. Olsberg 200. Essen 2000. Hagen 200. Wiesbaden 213,91. Coesfeld 69,80. Köln 2011,83. Hanau 63,80.

Sterbetafel.



Hamm i. W. Am 23. Juni starb nach mehrwöchiger Krankheit unser Kollege Theodor Schriever an einem Herzschlag im Alter von 24 Jahren.

Gallau. Am 22. Juni starb unser Kollege Emil Behringer im Alter von 44 Jahren an Lungenentzündung.

Oelde. Am 3. Juli starb unser Kollege Peterhard Neuhäus im Alter von 30 Jahren an einem Lungenerleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Gewerkschaftsbeamte gesucht.

Als Erstes für einige aus dem Dienste des Verbandes ausgeschiedene Beamte werden zur baldigen Anstellung drei Gewerkschaftsbeamte gesucht.

Bewerber müssen mindestens 2 Jahre beim christlichen Metallarbeiter-Verband angehört haben und über körbige, reduzierthe und organisatorische Erfahrung verfügen; sowie in Bearbeitung der Presse und gewerkschaftlichen Verwaltungsarbeiten erfahren sein.

Bewerbungsschreiben mit Angaben der seitherigen Tätigkeit, sowie einem Aufsatz über: "die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten" nebst Lebenslauf und Gehaltsansprüchen sind spätestens bis zum 1. August an die Hauptgeschäftsstelle des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Duisburg, Seitenstr. 19, einzusenden.

Nur erste Kräfte können Berücksichtigung finden.

Wieber, Verbandsvorsitzender.

Veranstaltungskalender.

Kollegen und Kolleginnen! Veranstaltung ohne feierliche Grund keine Veranstaltung!

Züli. Samstag, den 10. Juli, abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Bwo. Wehring. Vortrag des Bezirksleiters Weindorfer.

Augsburg. Samstag, den 17. Juli Versammlung. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal. Bielefeld. Allen durchsehenden Kollegen zur Ankündigung, daß sämtliche Unterführungen nur auf dem Verbandsbahn-Hochbahnstrasse 84, I. Etg. ausbezahlt werden.

Bochum II. Sonntag, den 11. Ju, vormittags 11 Uhr. Mitglieder-Versammlung im „Salama oder“, Alleestraße.

Bremen. Unsere Mitglieder-Versammlungen sind von jetzt ab im neuen Vereinslokal „Marienburg“, Steffensweg. Nächste Versammlung mit Vortrag Samstag, den 17. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Ortsverwaltung Dortmund. Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt Wehrbleiche 67. Alle Büros sind noch dort zu richten. Sprechstunden sind vormittags von 11—1 Uhr, nachmittags von 5—8 Uhr. Freitag, nachmittags von 6—9 Uhr. Sonnabend in das Büro geschlossen.

Dortmund-Barop. Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr Versammlung bei Wwe. Schnitter.

Duisburg I. Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, Versammlung im Arbeitshaus Seitenstraße 19. Vortrag des Kollegen Oberbossel.

Duisburg-Rheinhausen. Samstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Rath. Vereinshaus.

Durlach. Sonntag, den 10. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Tannhäuser.

Dülken. Sonntag, den 11. Juli, morgens 11 Uhr, Versammlung bei M. Nemmeln. — Sonntag, den 18. Juli, in M. Gladbach Gewerkschaftsfest, wovon sämtliche Kollegen unserer Ortsgruppe freudlich eingeladen sind. Der Zug fährt 8 $\frac{1}{2}$ Uhr ab Dülken.

Eisenach. Samstag, den 17. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Versammlung bei Bie.

Ehingen. Zeben 1. und 2. Samstag im Monat Mitglieder-Versammlung im Lokale Burgsch. Strohstraße. Die Adresse des Vorsitzenden ist Richard Dahlke, Friedstr. 32¹. — Versammlung wird beim Kästner Otto Feindtig, Mitterstr. 12¹ von 6 $\frac{1}{2}$ —8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends ausbezahlt.

Essen (Klemperer, Schröder, Schlosser). Samstag, den 10. Juli abends 8 $\frac{1}{2}$, Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus Frohnhauserstr. 19.

Essen-Stadt. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Essen-Frohnhausen. Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Nützen, Frohnhauserstraße.

Essen-Rüttenscheid. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Wallney, Rüttenscheidstraße.

Essen-Nellinghausen. Sonntag, den 18. Juli, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lokale Röhne, Hauptstraße.

Essen-Kray. Samstag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Kray, Grenzstraße. Referent: Kollege Peppel.

Essen-Altenessen. Sonntag, den 18. Juli, abends 6 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Körner, Segenstrasse.

Essen-Segeroth. Sonntag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Böck, Segerothstraße.

Essen (Ortsverwaltung). Am Sonntag, den 25. Juli, findet im Vereinshaus Unterdorfstraße und im Lokal des Wirtes Hollbeck, „Zur Grenze“, Essenerstraße in Bergerhausen unter Gewerkschaftsstoff statt. Die Kollegen werden gebeten, sich zahlreich an demselben zu beteiligen.

Essen-Huttrop. Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Stattrop, Steelerstraße.

Essen-Alstadsdorf. Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Wint, Alstadsdorferstraße.

Essen-Werden. Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Kimmelskamp, Muhrstraße.

Eschweid. Sonntag, den 17. Juli, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Versammlung im Gasthof Richard Schäfer.

Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Wegener.

Hamm i. W. Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung mit Vortrag.

Zugolstadt. Der letzige Vorsitzende, Franz Burger, wohnt Schulstr. 19². Dasselbe werden die Unterstützungen ausbezahlt von 1—1 Uhr mittags und von 5—8 Uhr abends.

Königshuld. Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 5 Uhr, Versammlung und Festumfest bei Herrn Vogt in Venaern.

Wülfrath. Sonntag, den 11. Juli, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus Lüder am Krochenthal. Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Oberbossel. Die Kollegen von Sprunk, Broich, Sneldorf, Lüder sind ebenfalls eingeladen. Jeden Freitag von 6—8 Uhr Geschäftsstunden im Gewerkschaftshaus. Alle Kran. und Gew. und Umz. Zahlung aller Unterstützungsarten, Abrechnung der Verbrauchsmänner usw. in dem genannten Lokale.

Oker. Sonntag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag.

Olberg. Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Wirt Kräpf Versammlung.

Stettlu. Nächste Versammlung Sonnabend, den 10. Juli abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Schullowksi. — Die Gewerkschaftsunterstützung zahlt Kollege Borchardt Bredow, Tortstr. 1² aus, Samstags in der Zeit von 10—12 Uhr vormittags.

Ennepetal. Sonntag, den 11. Juli, Versammlung im Sichtenthal, beim Mitglied Hößl.

Unterkochen. Sonntag, den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: Konferenzbericht.

Billingen (Boden). Samstag, den 10. Juli, im Waldschlößchen halbjährige General-Versammlung.

Heidelbeer-Verfaß. Das christliche Gewerkschaftsblatt „Heidelbeer-Verfaß“ wird in diesem Jahre einen Heidelbeer-Verfaß einzurichten. Bestellungen sind an Nikolaus Flalg in Lauterbach, (Würtemberg-Schwäbisch) zu richten. Die Kartellverände, wie Disziplinare, werden gegeben, die Bestellungen möglichst gemeinsam zu organisieren. Die Beeren werden einschließlich Verpackung zu den billigsten Tagespreisen geliefert.

(Die christlichen Arbeiterblätter werden freundlichst um Abdruck dieser Ankündigung gebeten.)